

# Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts

Herausgegeben von Hans-Peter Haferkamp, Joachim Rückert, Christoph Schönberger und Jan Thiessen

Die Schriftenreihe *Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts (BtrRG)* wurde 1988 gegründet. Sie hat sich dank ihrer methodischen und thematischen Offenheit als wichtiges Forum für Forschungen zu Recht und Rechtspolitik des 20. Jahrhunderts etabliert. Aufgenommen werden Arbeiten zur Geschichte des Zivil- und Strafrechts, zum öffentlichen Recht und Sozialrecht, zur Geschichte der Rechtswissenschaft und der Justiz. Unweigerlich standen zunächst Unrecht und Recht des Nationalsozialismus im Vordergrund, aber bald kamen Wirtschafts- und Arbeitsrecht der Weimarer Zeit ebenso hinzu wie die zentralen Rechtsfragen der Nachkriegszeit beider deutscher Staaten. Zur Geschichte der Rechtswissenschaft haben zahlreiche Studien über Leben und Werk einflussreicher Juristen beigetragen.

Ansprechpartnerin:

Daniela Taudt, LL.M. Eur.

Programmleitung Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, Grundlagen

ISSN: 0934-0955 - Zitiervorschlag: BtrRG

Stand: 21.01.2021. Preisänderungen vorbehalten.

---

Jetzt bestellen:

[https://www.mohrsiebeck.com/schriftenreihe/beitraege-zur-rechtsgeschichte-des-20-jahrhunderts-btrrg?no\\_cache=1](https://www.mohrsiebeck.com/schriftenreihe/beitraege-zur-rechtsgeschichte-des-20-jahrhunderts-btrrg?no_cache=1)

[order@mohrsiebeck.com](mailto:order@mohrsiebeck.com)

Telefon: +49 (0)7071-923-0

Telefax: +49 (0)7071-51104

Thiessen, Jan

## Der Ausschluss aus der GmbH

### als 'praktische Durchführung einer verbrecherischen Irrlehre' – eine Rechtsfortbildungsgeschichte

2021. Ca. 200 Seiten.  
erscheint im Juni

ISBN 9783161542572  
Leinen ca. 65,00 €

ISBN 9783161561511  
eBook PDF ca. 65,00 €

Das deutsche GmbH-Gesetz kennt keinen Ausschluss aus wichtigem Grund. Gleichwohl hat das Reichsgericht im Jahre 1942 den Gesellschafterausschluss als allgemeines Prinzip anerkannt – zu Lasten eines jüdischen Gesellschafters. Dieses Urteil gilt in der Rechtsliteratur bis heute als zitierwürdiges Präjudiz. Die vorliegende Studie tritt diesem Verständnis entgegen, indem sie die Geschichte des Urteils erzählt, dessen Vorgeschichte, die Geschichte seines Vordenkers und diejenige seiner Richter – und die Geschichte des ausgeschlossenen Gesellschafters. Die Studie versteht sich als methodologischer Beitrag zur historischen Kontextualisierung von Gerichtsentscheidungen.

Gluth, Sophia

## Der apokryphe Nietzsche

### Auf den Spuren des Denkens von Friedrich Nietzsche in Rechtsphilosophie und -theorie

2021. Ca. 300 Seiten.  
erscheint im Februar

ISBN 9783161595769  
fadengeheftete Broschur ca. 70,00 €

ISBN 9783161595776  
eBook PDF ca. 70,00 €

Während Friedrich Nietzsche als eine der bedeutendsten Figuren innerhalb der deutschen Kulturgeschichte gilt, wird sein Einfluss auf den juristischen Diskurs als marginal beurteilt. Es scheint, als hätten sich die Rechtsphilosophen und -theoretiker einer vertieften Auseinandersetzung mit dem Denker enthalten. Sophia Gluth hinterfragt diesen Umstand und beleuchtet, ob und wie theoretisierende Juristen mit Nietzsche umgegangen sind. Dabei deckt sie ein Phänomen auf, das bisher weder gesehen noch beschrieben wurde: die konstante Rezeption Friedrich Nietzsches in der Rechtswissenschaft. Untersucht werden die Rezeptionsansätze vom Kaiserreich bis in die Gegenwart. Die juristischen Nietzsche-Lektüren u.a. des Freirechts, der »Konservativen Revolution«, der Nationalsozialisten sowie der Postmoderne werden dabei stets eingebettet in ihre kulturelle und soziologische Umwelt. Erzählt wird so eine – nicht zuletzt bedrückende – juristische Ideen- und Mentalitätsgeschichte des 20. Jahrhunderts.

Dröner, Nadine

## Das 'Homosexuellen-Urteil' des Bundesverfassungsgerichts aus rechtshistorischer Perspektive

Band 115  
2020. XV, 289 Seiten.

ISBN 9783161575716  
Leinen 84,00 €

ISBN 9783161575723  
eBook PDF 84,00 €

Im heutzutage weitgehend negativ konnotierten 'Homosexuellen-Urteil' des Bundesverfassungsgerichts von 1957 lehnte es das Karlsruher Gericht ab, die damaligen massenhaften Bestrafungen von Männern wegen homosexueller Kontakte für verfassungswidrig zu erklären.

Ungeklärt war bislang, wie sich dieses Urteil mit der heute erheblich positiver beurteilten Grundrechtsjudikatur des Gerichts in den 1950er Jahren vereinbaren lässt. Nadine Dröner analysiert umfassend und quellengestützt die zeittypischen Ursachen und Motivationen des Urteils und seine Folgen für die Rechtsdogmatik. Das Urteil verstand sich dabei als Entscheidung für den Augenblick und gab damit – entgegen gewichtigen Stimmen in den Rechts- und Sozialwissenschaften – einem zukünftigen Wandel der Auffassungen zur Homosexualität eine verfassungsrechtliche Grundlage. Damit ermöglicht die Autorin einen differenzierten Blick auf das Urteil: Es hat die massenhaften Strafverfahren gegen homosexuelle Männer nicht beendet, aber mit seiner Begründung und interdisziplinären Argumentation die spätere Entkriminalisierung mit vorbereitet.

Becker, Malte Johannes

## Notverordnung und Decreto-Legge

### Der Ausnahmezustand in den Verfassungstraditionen Deutschlands und Italiens

Band 114  
2020. XIV, 255 Seiten.

ISBN 9783161593628  
Leinen 84,00 €

ISBN 9783161593635  
eBook PDF 84,00 €

Deutschland und Italien gehen im Bereich des Notstandsrechts unterschiedliche Wege. Während Italien im permanenten Ausnahmezustand zu leben scheint, ist die Notgesetzgebung in Deutschland verpönt. Woher rührt dieser unterschiedliche Zugang? Wesentlich divers verläuft die Verfassungsentwicklung erst mit den beiden Nachkriegsverfassungen von 1948/49. Malte Becker untersucht die Debatten, die hier um die Gestaltung der Notstandsgesetzgebung geführt wurden. Dabei wird deutlich, dass die den Beratungen zu Grunde liegende juristische Methodenlehre die Herangehensweise maßgeblich bestimmt.



Schmidt, Jan-Robert

## Will das Kind sein Wohl?

Eine Untersuchung über Kindeswille und Kindeswohl im Sorge- und Umgangsrecht nach Scheidungen von 1946 bis 2016

Band 113  
2020. XVIII, 379 Seiten.

ISBN 9783161592737  
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161592744  
eBook PDF 109,00 €

Das deutsche Kindschaftsrecht ist maßgeblich durch den Begriff des Kindeswohls geprägt. Doch bis heute ist nicht klar, was dieser Begriff eigentlich bedeuten soll. Auch ist sein Verhältnis zum Willen des Kindes bisher weitgehend ungeklärt. Klar ist nur, dass es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff handelt. Die Interpretation dessen, was Kindeswohl ausmachen soll, ist von rechtlichen wie gesellschaftlichen Entwicklungen, aber auch durch den Dialog von Recht und anderen Wissenschaftsdisziplinen wie der Psychologie geprägt. Jan-Robert Schmidt spürt der Entwicklung des Kindeswohlbegriffs seit der Nachkriegszeit nach und zeigt auf, welchen Wandlungen er über die Jahrzehnte unterworfen war. Gleichzeitig setzt er sich umfassend mit den Problemen auf rechtstheoretischer Ebene bei der Nutzung eines solchen Rechtsbegriffs auseinander.

Ohlenroth, Juliane

## Der Oberste Gerichtshof für die Britische Zone und die Aufarbeitung von NS-Unrecht

Unter besonderer Berücksichtigung der Bedeutung für die Fortentwicklung der Strafrechtsdogmatik

Band 112  
2020. XXII, 398 Seiten.

ISBN 9783161591709  
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161591716  
eBook PDF 99,00 €

Die Bilanz der Aufarbeitung von NS-Verbrechen durch westdeutsche Gerichte ist ernüchternd. Der Schwerpunkt der Strafverfolgung lag in der unmittelbaren Nachkriegszeit. In der frühen Bundesrepublik hingegen kam es zeitweise fast zu einem Stillstand der Ahndung von NS-Verbrechen. Juliane Ohlenroth analysiert die strafrechtsdogmatischen Grundsätze des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone (1948–1950) zur Aufarbeitung von NS-Unrecht. Dabei untersucht sie die Urteilspraxis anhand der Tatkomplexe NS-Euthanasie, Justizverbrechen, Denunziationen und der Reichspogromnacht und stellt diese in den Kontext der Rechtsprechung der Instanzgerichte und des Bundesgerichtshofs. Die Autorin zeigt auf, dass die Rechtsauslegung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone im Kontrast zur übrigen westdeutschen Justiz und der derzeitigen Lehre eine angemessenere strafrechtliche Aufarbeitung von NS-Verbrechen ermöglicht hätte. Die Arbeit wurde mit dem Forschungspreis 2020 der Stiftung der Universität Augsburg ausgezeichnet.

Hansen, Marike

## Erna Scheffler (1893–1983)

Erste Richterin am Bundesverfassungsgericht und Wegbereiterin einer geschlechtergerechten Gesellschaft

Band 111  
2019. X, 209 Seiten.

ISBN 9783161576027  
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161576034  
eBook PDF 64,00 €

Erna Scheffler war nicht nur eine Ausnahmejuristin, die von 1951 bis 1963 als erste Richterin am Bundesverfassungsgericht an maßgeblicher Stelle die Rechtsentwicklung der jungen Bundesrepublik mitgestaltete, sondern auch eine der einflussreichsten Kämpferinnen für die Gleichberechtigung von Frauen im 20. Jahrhundert. In ihrer Monographie zeichnet Marike Hansen den eindrucksvollen Lebensweg dieser – bis heute auch unter Juristen wenig bekannten – Persönlichkeit im Kontext der Entwicklung der Frauenrechte in Deutschland nach. Sie zeigt, dass nicht zuletzt die zahlreichen Beschränkungen und Diskriminierungen, denen sich Erna Scheffler im Laufe ihres eigenen Werdeganges ausgesetzt sah, diese zu ihrem nachhaltigen Kampf für Geschlechtergerechtigkeit motivierten. Als Bundesverfassungsrichterin der ersten Stunde war sie schließlich an wichtigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau beteiligt und konnte so entscheidende Impulse für die Durchsetzung der Frauenrechte unter dem Grundgesetz setzen.

## Scheidung ohne Schuld?

Genese und Auswirkungen der Eherechtsreform 1977

Hrsg. v. Martin Löhnig

Band 110  
2019. VIII, 241 Seiten.

ISBN 9783161583483  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161583490  
eBook PDF 74,00 €

Zum 1. Juli 1977 erfolgte in der Bundesrepublik Deutschland eine grundlegende Neuregelung des Scheidungs-, des Scheidungsfolgen- und des Scheidungsverfahrensrechts. Voraussetzung der Ehescheidung ist seither nicht mehr eine gravierende Verletzung ehelicher Pflichten durch mindestens einen Ehegatten, sondern allein das Scheitern der Ehe, das nach einer gewissen Zeit des Getrenntlebens vermutet wird. Trotz der Betonung des Selbstverantwortungsgedankens schuldet nunmehr der wirtschaftlich stärkere dem wirtschaftlich schwächeren Ex-Partner oftmals über Jahre hinweg nahehelichen Unterhalt. Die Scheidung wird vor neugeschaffenen Familiengerichten in einem neuen Verbundverfahren verhandelt. Diese Reform war das Ergebnis eines jahrelangen kontroversen rechts- und gesellschaftspolitischen Diskurses, der auch nach Inkrafttreten des Reformgesetzes nicht zum Erliegen kam. Untersucht werden Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der Reform aus multidisziplinärer Perspektive.



## Inhaltsübersicht

*Martin Löhnig*: Einleitung: Scheidung ohne Schuld? Das Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts aus transdisziplinärer Perspektive – *Thomas Schlemmer*: Wendezeiten: Die Bundesrepublik Deutschland 1969 bis 1982 – *Christopher Neumaier*: Jenseits eines Kompromisses? Kontroversen um das Familienrecht und die Ordnung der westdeutschen Gesellschaft (1975–1985) – *Hannah Lausen*: Die Scheidungsrechtsreform von 1977 im Horizont des Diskurses über die evangelische Trauung – *Sven Jüngerkes*: »Dieses ist kein Gesetz für Casanova«. Die Ehe- und Scheidungsrechtsreform in der SPD-Bundestagsfraktion 1969–1972 – *Lisa Eisenkrätzer*: Bis dass der Staat euch scheidet: Die Rechtsentwicklung des Zerrüttungsprinzips im deutsch-deutschen Vergleich – *Kamila Staudigl-Ciechowicz*: Zur Wirkung der deutschen Scheidungsrechtsreform 1977 auf das österreichische Scheidungsrecht – *Jan-Robert Schmidt*: Von der Scheidungsschuld zum Kindeswohl? Die Bedeutung der Eherechtsreform von 1977 für die Sorgerechtszuteilung nach Trennung und Scheidung – *Martin Otto*: »Selbst nach der Scheidung kann sich die Frau nicht beliebig frei bewegen, jedenfalls nicht, solange sie den Namen des Mannes trägt.« – Nacheheliche Namensführung und Scheidungsreform – *Patrizia Weigl*: Die Scheidungsrechtsreform in der Geschichtspraxis der frühen 1980er Jahre

Hoeppel, Alexander

## NS-Justiz und Rechtsbeugung

### Die strafrechtliche Ahndung deutscher Justizverbrechen nach 1945

Band 109  
2019. XX, 585 Seiten.

ISBN 9783161570223  
fadengeheftete Broschur 109,00 €

ISBN 9783161570230  
eBook PDF 109,00 €

Die strafrechtliche Ahndung des durch die Justiz im Dritten Reich begangenen Unrechts gilt als gescheitert. Obwohl im nationalsozialistischen Deutschland der »Dolch des Mörders unter der Robe des Richters verborgen« war, wurde nach dem Krieg kaum ein Vertreter der Justiz verurteilt. Dieser Umstand wurde vielfach vereinfachend mit der biografischen Belastung der nach 1945 über ihre ehemaligen Kollegen urteilenden Richter erklärt. Zu wenig Beachtung fand bisher die rechtliche Argumentation, die den Urteilen zugrunde lag und die sich vor allem auf eine aus dem Straftatbestand der Rechtsbeugung abgeleitete Privilegierung stützte. Alexander Hoeppel analysiert die Strafrechtsdogmatik der nach 1945 gefällten Urteile, zeichnet die bis zum heutigen Tage fortlaufenden Entwicklungslinien nach und bewertet sie als »strafrechtliche Selbstimmunisierung«.

Neumann, Almut

## Preußen zwischen Hegemonie und »Preußenschlag«

### Hugo Preuß in der staatsrechtlichen Föderalismusdebatte

Band 108  
2019. XV, 339 Seiten.

ISBN 9783161575464  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161575471  
eBook PDF 79,00 €

Wie konzeptualisierte Hugo Preuß, der »Vater« der Weimarer Verfassung, den Föderalismus? Almut Neumann erblickt den Schlüssel für das Föderalismusverständnis von Preuß in dessen Auseinandersetzung mit dem größten deutschen Einzelstaat: Preußen. In der Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik wandelte sich Preußen von einer obrigkeitstaatlichen Hegemonialmacht zum »demokratischen Bollwerk«, welches jedoch im »Preußenschlag« von 1932 entmachtet wurde. In ihrer diskursgeschichtlichen Untersuchung zeichnet die Autorin nach, wie der links-liberale Preuß den sich verändernden asymmetrischen Föderalismus im Kontext der deutschen Staatsrechtslehre analysierte. Sie zeigt, dass er eine innovative Föderalismuskonzeption entwickelte, die bis heute fortwirkt.

Etzold, Raphaela

## Gleichberechtigung in erster Instanz

### Deutsche Scheidungsurteile der 1950er Jahre im Ost-/West-Vergleich

Band 107  
2019. XVI, 213 Seiten.

ISBN 9783161567100  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161567117  
eBook PDF 79,00 €

Die Rechtsprechung der ersten Instanz prägt das Rechtserleben der Bürger in besonderer Weise. Wie sehr wird dieser – justizorganisatorisch gesehen – »unterste« Funktionsträger durch politische und weltanschauliche Vorfragen geprägt? Raphaela Etzold geht dieser Frage durch einen Vergleich zweier Aktenbestände nach: Sie untersucht erstinstanzliche Scheidungsurteile der 1950er Jahre aus Ost- und Westdeutschland auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Umgang mit offenen Rechtsfragen. Das Familienrecht kurz nach Gründung beider Teilstaaten bietet sich für eine solche Untersuchung an, denn die Gleichberechtigung von Mann und Frau führte bei auf Wortlautebene gleichen Rechtsgrundlagen in DDR und BRD zu Reformbestrebungen und ungelösten Rechtsproblemen. Die Autorin rekonstruiert, wie die Richter sich diesen stellten und inwieweit sich in den Urteilen jeweils politische und gesellschaftliche Großwetterlagen wiederfinden. Die Arbeit wurde mit dem Fakultätspreis 2018 der rechtswissenschaftlichen Fakultät Regensburg (Iurisbona-Preis) ausgezeichnet.



Erkkilä, Ville

## The Conceptual Change of Conscience

Franz Wieacker and German Legal Historiography 1933–1968

Band 106  
2019. XIII, 314 Seiten.

ISBN 9783161566912  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161566929  
eBook PDF 69,00 €

In welchem Maße haben die einschneidenden Erfahrungen des unruhigen 20. Jahrhunderts Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit beeinflusst? Mithilfe der Biographie des berühmten Rechtshistorikers Franz Wieacker zeichnet Ville Erkkilä ein lebendiges Bild der deutschen Rechtsgeschichte von 1933 bis 1968.

Reuter, Marc

## Ghettorenten

Eine rechtsmethodische und -historische Untersuchung zum Umgang mit nationalsozialistischem Unrecht in der Sozialversicherung

Band 105  
2019. XVIII, 296 Seiten.

ISBN 9783161565731  
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161565748  
eBook PDF 89,00 €

War Arbeit, die insbesondere jüdische Verfolgte des Nationalsozialismus in Ghettos während des Zweiten Weltkriegs unter unmenschlichen Bedingungen erbrachten, eine rentenversicherungspflichtige Beschäftigung? Erfolgte sie »freiwillig« im Sinne der bundesrepublikanischen Rentenversicherungsgesetze? Waren Essensrationen »Entgelt«? So widersprüchlich diese Fragen sind, so wichtig waren und sind sie für Überlebende der NS-Verfolgung, die auf eine späte Anerkennung ihrer im Ghetto geleisteten Tätigkeit hoff(t)en. Marc Reuter unterzieht die wechselvolle Rechtsprechung der Sozialgerichte dazu einer kritischen Prüfung. Er zeigt, dass juristische Methodik und rentenversicherungsrechtliche Dogmatik angesichts der Wirklichkeit der Ghettos an ihre Grenzen gelangen und ein im Sozialversicherungsrecht herrschendes Kontinuitätsdenken die Aufarbeitung des NS-Unrechts erschwerte. Die Arbeit wurde mit dem Promotionspreis 2019 der Juristischen Fakultät der Universität zu Köln und dem Dissertationspreis der Gesellschaft zur Förderung der sozialrechtlichen Forschung e.V. ausgezeichnet.

Würfel, Martin

## Das Reichsjustizprüfungsamt

Band 104  
2019. XIV, 228 Seiten.

ISBN 9783161562990  
Leinen 79,00 €

ISBN 9783161563003  
eBook PDF 59,00 €

Juristenausbildung ist Staatsausbildung: eine Ausbildung durch und für den Staat. Sie ist damit zugleich Ausfluss und Reproduktion des jeweils herrschenden Rechts. Es ist also kaum verwunderlich, dass der sich selbst als neu definierende, nationalsozialistische Staat auch vor der Juristenausbildung nicht Halt machte, um das Rechtsverständnis seiner zukünftigen 'Rechtswahrer' zu prägen und zu überprüfen. In administrativer Hinsicht geschah dies durch die Errichtung einer Zentralbehörde, des Reichsjustizprüfungsamtes, welches ab 1934 für die Gestaltung bzw. Abnahme der juristischen Staatsexamina im gesamten Deutschen Reich zuständig war. Doch wie ging diese Zentralisierung des juristischen Prüfungswesens genau vonstatten? Wer waren die maßgeblichen Akteure neben dem Präsidenten des Reichsjustizprüfungsamtes Otto Palandt? Inwiefern unterschieden sich die Staatsexamina im Dritten Reich von heutigen Staatsprüfungen? Und wie 'nationalsozialistisch' waren die Prüfungen? Die vorliegende Arbeit wurde mit dem Dissertationspreis 2019 des Freundeskreises der Juristischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ausgezeichnet. Das vorliegende Werk ist außerdem eines der 'Juristischen Bücher des Jahres 2019', die in der NJW 43/2019 als Leseempfehlung ausgewählt wurden.

Würfel, Martin

## Das Reichsjustizprüfungsamt

Band 104  
Unveränderte Broschurausgabe 2020;  
Erstausgabe 2019. XIV, 228 Seiten.

ISBN 9783161594434  
Broschur 59,00 €

Juristenausbildung ist Staatsausbildung: eine Ausbildung durch und für den Staat. Sie ist damit zugleich Ausfluss und Reproduktion des jeweils herrschenden Rechts. Es ist also kaum verwunderlich, dass der sich selbst als neu definierende, nationalsozialistische Staat auch vor der Juristenausbildung nicht Halt machte, um das Rechtsverständnis seiner zukünftigen 'Rechtswahrer' zu prägen und zu überprüfen. In administrativer Hinsicht geschah dies durch die Errichtung einer Zentralbehörde, des Reichsjustizprüfungsamtes, welches ab 1934 für die Gestaltung bzw. Abnahme der juristischen Staatsexamina im gesamten Deutschen Reich zuständig war. Doch wie ging diese Zentralisierung des juristischen Prüfungswesens genau vonstatten? Wer waren die maßgeblichen Akteure neben dem Präsidenten des Reichsjustizprüfungsamtes Otto Palandt? Inwiefern unterschieden sich die Staatsexamina im Dritten Reich von heutigen Staatsprüfungen? Und wie 'nationalsozialistisch' waren die Prüfungen? Die vorliegende Arbeit wurde mit dem Dissertationspreis 2019 des Freundeskreises der Juristischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ausgezeichnet. Das vorliegende Werk ist außerdem eines der 'Juristischen Bücher des Jahres 2019', die in der NJW 43/2019 als Leseempfehlung ausgewählt wurden.



Stopp, Heike

## Hans Welzel und der Nationalsozialismus

Zur Rolle Hans Welzels in der nationalsozialistischen Strafrechtswissenschaft und zu den Auswirkungen der Schuldtheorie in den NS-Verfahren der Nachkriegszeit

Band 103  
2018. X, 189 Seiten.  
ISBN 9783161564109  
fadengeheftete Broschur 59,00 €  
ISBN 9783161564116  
eBook PDF 59,00 €

Der deutsche Strafrechtsprofessor Hans Welzel (1904–1977) war einer der bekanntesten Strafrechtler der Nachkriegszeit. Zu seinen größten wissenschaftlichen Erfolgen zählt bis heute der Beschluss des BGH vom 18.03.1952 (BGHSt 2, 194), in dem sich der Große Senat im Streit um die Behandlung des Verbotsirrtums der von Welzel vertretenen Schuldtheorie anschloss. Jedoch wurden in jüngerer Zeit vereinzelt Stimmen in der Literatur laut, dass dieser historische BGH-Beschluss den NS-Tätern in den Nachkriegsprozessen zu milden Strafen verholfen habe – und diese politische Auswirkung keineswegs ein Zufall gewesen sei. Ebenso hat man festgestellt, dass Welzel sich bereits in der Zeit des NS-Regimes (straf-)rechtswissenschaftlich zu positionieren wusste. Heike Stopp geht der Frage nach, welchen Einfluss Welzel tatsächlich auf das nationalsozialistische Strafrecht ausübte und untersucht anschließend, welche Auswirkungen der berühmte Beschluss des BGH vom 18.03.1952 auf die Bestrafung der NS-Täter nach 1945 hatte.

Wulfert-Markert, Hendrike

## Clive M. Schmitthoffs Konzeption eines transnationalen Welthandelsrechts

Ein Beitrag zum Leben und Werk von Clive M. Schmitthoff (1903–1990)

Band 102  
2018. XV, 272 Seiten.  
ISBN 9783161556333  
fadengeheftete Broschur 64,00 €  
ISBN 9783161562471  
eBook PDF 64,00 €

Hendrike Wulfert-Markert widmet sich dem Leben und Werk des Juristen Clive M. Schmitthoff. Den thematischen Fokus richtet sie auf Schmitthoffs Konzeption eines transnationalen Welthandelsrechts, die den Theorien der modernen lex mercatoria zugeordnet wird. Was hat Schmitthoff zu der Ausbildung seiner Kernthesen eines transnationalen Welthandelsrechts bewegt? Anhand von Schmitthoffs Biographie und seiner juristischen Arbeiten untersucht die Autorin die Entwicklung seiner Überlegungen zu einem neuen Welthandelsrecht. Sie formuliert dabei die These, dass kein singuläres Ereignis, sondern verschiedene Kontexte Schmitthoff zu den Kernthesen seiner Konzeption inspiriert hat; als wesentlich für das Heranreifen von Schmitthoffs Grundüberlegungen wird vor allem auch Schmitthoffs rechtsvergleichender, internationaler Blickwinkel eines in civil law und common law ausgebildeten Juristen betrachtet. Die Arbeit wurde mit dem Preis der Kieler Doctores Iuris e.V. 2018 für herausragende Promotionen ausgezeichnet.

Weichert, Maik

## Kunst und Verfassung in der DDR

Kunsthfreiheit in Recht und Rechtswirklichkeit

Band 101  
2018. XVIII, 455 Seiten.  
ISBN 9783161540417  
fadengeheftete Broschur 69,00 €  
ISBN 9783161561528  
eBook PDF 69,00 €

Der Machtanspruch der SED umfasste alle gesellschaftlichen Bereiche. Auch die Kunst in der DDR wurde von diesem absoluten Führungsanspruch erfasst. Doch ebenso kompromisslos wie die Parteilinie war der künstlerische Freiheitsdrang – ein vorprogrammierter Konflikt. Kunst agitiert und provoziert, sie vernebelt und sie rüttelt auf, sie flüstert und sie schreit. Kunst ist nicht loyal, sie ist ein wildes und unberechenbares Wesen. Und doch unternahm der Staat den Versuch sie zu planen und zu instrumentalisieren. Hierzu bediente er sich nicht zuletzt des Rechts. Maik Weichert geht nicht nur der Frage nach, wie sich das Recht der DDR auf die Künstler auswirkte, sondern untersucht vor allem auch, wie Kunst und Künstler ihrerseits auf das Recht einwirkten. Nunmehr 50 Jahre nach dem verheerenden 'Kahlschlagplenum' der SED wird die rechtsgeschichtliche Entwicklung der Kunstfreiheit in der DDR als opferreiche aber letztendlich erfolgreiche Geschichte erzählt.

## Deutsche Diktatorische Rechtsgeschichten?

Perspektiven auf die Rechtsgeschichte der DDR. Gedächtnissymposium für Rainer Schröder (1947–2016)

Hrsg. v. Hans-Peter Haferkamp, Jan Thiessen, Christian Waldhoff in Verb. m. d. Deutschen

Notarrechtlichen Vereinigung e.V.

Band 100  
2018. XIII, 147 Seiten.  
ISBN 9783161566950  
fadengeheftete Broschur 49,00 €  
ISBN 9783161566967  
eBook PDF 49,00 €

Die DDR ist ebenso 'abgewickelt' wie ihr Rechtssystem. Mit dem Abstand von mehr als einer Generation ist es an der Zeit, die Rechtsgeschichte der DDR und der deutschen Rechtseinheit ohne Anklage und Apologie zu erforschen. Der Band möchte hierzu einen Anstoß geben. Er präsentiert die Vorträge, die auf dem Gedächtnissymposium für den Berliner Rechtshistoriker Rainer Schröder (1947–2016) gehalten wurden. In ihnen werden dogmatische, methodologische, zeit- und wissenschaftshistorische Aspekte des DDR-Rechts mit Rückblicken auf die schwierige Rechtsvereinheitlichung nach 1990 kontrastiert.

Inhaltsübersicht

*Christian Waldhoff:* Begrüßung – *Rainer Kanzleiter:* Dank an Rainer Schröder – *Hans-Peter Haferkamp:* Rainer Schröder als DDR-Forscher – *Jan Schröder:* Juristische Methodenlehre in der DDR – *Inga Markovits:* Drei Geschichten einer Fakultät.



Ostdeutsche Juraprofessoren im Sozialismus – *Oliver Vossius*: Landwirtschaftsanpassung und Sachenrechtsbereinigung. Härtezeit für einen Berufsstand – *Ute Schneider*: Zweierlei Erbe. Erbrecht in Deutschland. Überlegungen zu einer Verflechtungsgeschichte in Erinnerung an Rainer Schröder – *Moritz Vormbaum*: Wirtschaftsstrafrecht in der DDR – *Uta Wiedenfels*: Offene Vermögensfragen. Anspruch und Wirklichkeit – *Jan Thiessen*: Ein kurzes Vierteljahrhundert. Erinnerungen an Rainer Schröder in Berlin

Liebrecht, Johannes

## Die junge Rechtsgeschichte

### Kategorienwandel in der rechtshistorischen Germanistik der Zwischenkriegszeit

Band 99  
2018. XIV, 471 Seiten.

ISBN 9783161565465  
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161565472  
eBook PDF 99,00 €

In der Epoche zwischen etwa 1880 und 1930 durchliefen die Humanwissenschaften international einen tiefgreifenden Wandel und Umorientierungsprozeß. Auch die Rechtshistoriographie war während der Zwischenkriegszeit von einer engagierten Suche nach methodischen Neuanfängen gezeichnet. Mit dem Zusammenbruch der Monarchie sah sich insbesondere die sogenannte Germanistik nach 1918 abrupt der Krise des Historismus ausgesetzt; begleitet wurde dies von einem augenfälligen Generationenwandel unter den Gelehrten. Johannes Liebrecht identifiziert die unterschiedlichen Impulse und hauptsächlichlichen Erneuerungsdiskurse dieser Jahre und versucht, die Rechtsgeschichtswissenschaft in ihrem Prozeß der Modernisierung abzubilden.

Krüll, Nadja

## Die nationalsozialistische Disziplinaramnestie des Jahres 1933

Band 98  
2018. XVIII, 284 Seiten.

ISBN 9783161558337  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161561498  
eBook PDF 74,00 €

Die nationalsozialistische Disziplinaramnestie vom 23. Juni 1933 (»Gesetz über die Aufhebung der im Kampf für die nationale Erhebung erlittenen Dienststrafen und sonstigen Maßregelungen«) bestimmte die vollumfängliche Rehabilitierung solcher Beamter, die vor 1933 aus nationalsozialistischer Gesinnung heraus Disziplinarstrafen oder sonstige Maßregelungen aufgrund ihres Eintretens gegen die Weimarer Republik erfahren hatten. Mit dem Erlass der Amnestie verdeutlichten die Nationalsozialisten, dass auch für die Beamtenschaft eine neue Ära angebrochen war. Das Gesetz wurde als eine einseitige Zweckamnestie und ein Spezialpardon für die alten Nationalsozialisten in der Beamtenschaft konzipiert. Nadja Krüll untersucht diese Rechtsvorschriften in der Theorie, aber auch ihre Anwendung in der Praxis.

Plüss, Martina

## Der Mordparagraf in der NS-Zeit

### Zusammenhang von Normtextänderung, Tätertypenlehre und Rechtspraxis – und ihr Bezug zu schweizerischen Strafrechtsdebatten

Band 97  
2018. XIX, 339 Seiten.

ISBN 9783161558986  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161561504  
eBook PDF 79,00 €

Im September 1941 trat das Gesetz zur Änderung des Reichsstrafgesetzbuches in Kraft, mit welcher eine Änderung des Mordparagrafen verbunden war. Dieser entsprach im Wesentlichen dem heute noch geltenden § 211 des deutschen StGB, was in regelmäßigen Abständen für Reformdiskussionen sorgt. Dies nicht zuletzt, weil der fragliche Paragraf mitten in der Zeit des Nationalsozialismus eingeführt wurde. Martina Plüss erklärt dessen Entstehung und beschäftigt sich mit folgenden Fragen: War Roland Freisler die treibende Kraft hinter der StGB-Änderung von 1941? Wer wirkte an der Entstehung des Mordparagrafen mit? Liegt der Ursprung der Formulierung – wie mancherorts behauptet – im StGB-Entwurf der Schweiz von 1918? Beinhaltet § 211 StGB von 1941 eine Tätertypologie? Und welche unmittelbaren Auswirkungen hatte die Änderung auf die Rechtspraxis während der NS-Zeit?

Rückert, Joachim

## Unrecht durch Recht

### Zur Rechtsgeschichte der NS-Zeit

Band 96  
2018. VIII, 386 Seiten.

ISBN 9783161559297  
Leinen 109,00 €

In dem vorliegenden Band versammelt Joachim Rückert zwölf Studien: vier zu den Strukturen, fünf zu den Wissenschaftsfeldern und Rechtsbereichen und drei zu aufschlußreichen Exempla. Der Titel lautet bewusst nicht »Recht im Unrecht« oder »Unrecht im Recht«, sondern spitzt die Analysen zu. Untersucht werden das Profil der Rechtsgeschichts- und Geschichtsschreibung zur NS-Zeit, ihre großen Thesen und Stichworte, die ideologischen Formeln »Drittes Reich«, »gesundes Volksempfinden« und die Zusammenhänge mit der Politischen Romantik im frühen 20. Jahrhundert. Auch thematisiert der Autor zentrale Wissenschaftsfelder wie die Deutsche Rechtsgeschichte, das Strafrecht in der juristischen Zeitgeschichte, die Verwaltung als Verwaltung der Perversion, die neue und so folgenreiche Privatrechtsgeschichte sowie die NS-Jurisprudenz und ihre Kontinuitäten im Ganzen. Anhand dreier Exempla wird die damalige Lage konkret anschaulich gemacht: zum einen

der Umgang mit Diktatur und der politischen Verantwortung bei Eugen Bolz, der als württembergischer Staatspräsident zum Widerstand des 20. Juli 1944 gehörte, dann die Frage »NS-Zeit und wir« an den Vorstellungen des Kreisauer Kreises und zuletzt die bemerkenswerte Situation an einer kleineren Universität wie Halle. Der Band bildet eine zeitgeschichtliche Einheit mit dem von 2015 über die *Abschiede vom Unrecht*. Erneut zeigen sich wenig plausible Einseitigkeiten der »großen Erzählungen« in der juristischen und allgemeinen Zeitgeschichte. Sie sind Teil einer verbreiteten Vergangenheitspolitik. Sich aus deren Fesseln zu befreien ist auch das Anliegen dieses Bandes.

Peters, Verena

## Der »germanische« Code civil

### Zur Wahrnehmung des Code civil in den Diskussionen der deutschen Öffentlichkeit

Band 95  
2018. XVI, 279 Seiten.

ISBN 9783161552199  
fadengeheftete Broschur 64,00 €

Den modernen Leser dürfte die These, dass der Code civil germanisches Recht sein soll, überraschen. Nichtsdestotrotz wurde dies auf deutscher Seite schon fast seit der Einführung des Code civil im Jahre 1804 vertreten. Auch heute findet sich diese Idee noch in einzelnen Publikationen wieder. Verena Peters untersucht die Idee eines »germanischen Code civil« in Deutschland über einen Verlauf von ca. zweihundert Jahren diskursanalytisch. Hierbei wird analysiert, wie diese These entstand, begründet wurde, sich veränderte, in welchem Kontext sie vertreten wurde und besonders zu welchen Ergebnissen sie führte, mit einem Schwerpunkt auf der Nutzbarmachung in rechtspolitischen Fragen. Die These schwankte zwischen ernsthafter wissenschaftlicher Auseinandersetzung und Geschichtspropaganda. Der »germanische« Code civil konnte dabei Grundlage für ganz verschiedene Ausführungen sein – von Appellen an die Völkerfreundschaft bis zu rassistischen Beiträgen zur nationalsozialistischen Rechtserneuerung.

Hövermann, Jan

## Recht und Elektrizität

### Der juristische Sachbegriff und das Wesen der Elektrizität 1887 bis 1938

Band 94  
2018. XVI, 361 Seiten.

ISBN 9783161552298  
fadengeheftete Broschur 94,00 €

Mit dem Beginn der Elektrifizierung deutscher Städte zu Beginn des 20. Jahrhunderts geriet die rechtliche Einordnung der Elektrizität zu einem drängenden Problem. Im Fokus standen die umstrittene Strafbarkeit der Elektrizitätsentziehung sowie die Fragen nach der Erforderlichkeit von Eigentumsrechten an Elektrizität und dem angemessenen Vertragstypus von Versorgungsverträgen. Welches Verständnis von Körperlichkeit lag den juristischen Sachbegriffen zugrunde? War Elektrizität etwas Körperliches? Sollte aus dem Konzept der Energie ein völliger Umbau der Eigentumsrechte und des strafrechtlichen Rechtsgüterschutzes folgen? Jan Hövermann untersucht den juristischen Diskurs über die Elektrizität aus methoden- und wissenschaftlichen Perspektiven. Dabei analysiert er, wie Juristen naturwissenschaftliches Wissen in einen rechtlichen Kontext übersetzten und den Grad der Autonomie des Rechtssystems zu fremden Wissenschaften bestimmten.

Busam, Kristina

## Kriegsfolgenbewältigung in der Rechtsprechung

### Der Umgang mit kriegsbedingt veränderten Umständen in der Zivilrechtsjudikatur des Landgerichts Bonn nach dem Zweiten Weltkrieg

Band 93  
2017. XV, 331 Seiten.

ISBN 9783161548666  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Ein Großteil der in der Zivilrechtsjudikatur der letzten Reichsmarkzeit bis zur Währungsreform zu bewältigenden Kriegsfolgen resultierte aus den bis zuletzt durch die gestaute Inflation gekennzeichneten Wirtschaftsverhältnissen und dem dadurch bedingten Auseinanderfallen von Gesetz und Wirklichkeit. Gleichzeitig fehlten ein richtungsweisendes oberstes Revisionsgericht und eine die Nachkriegsbedingungen berücksichtigende Rechtsetzung. Durch eine Analyse der Rechtsprechung des Landgerichts Bonn aus den drei unmittelbaren Nachkriegsjahren und die Berücksichtigung vergleichender Aspekte zeigt Kristina Busam, dass die Richter nicht nur inter-, sondern auch intragerichtlich zu unterschiedlichen Ergebnissen bei der Bewältigung der kriegsbedingt veränderten Umstände gelangten. Die Autorin weist nach, dass die Richter hierbei insbesondere bereits gefestigte Rechtsinstitute sowie vertraute Argumentationsmuster und Auslegungsmethoden heranzogen, aber auch eine grundsätzliche Bereitschaft zum Beschreiten neuer dogmatischer Wege bestand.

Menne, Jonas

## »Lombroso redivivus?«

### Biowissenschaften, Kriminologie und Kriminalpolitik von 1876 bis in die Gegenwart





Band 92  
2017. XIV, 312 Seiten.

ISBN 9783161550638  
Leinen 84,00 €

Seit der italienische Kriminalanthropologe Cesare Lombroso im Jahr 1876 erstmals seine Lehre vom »geborenen Verbrecher« veröffentlichte, gilt er als unverzichtbare Referenz im kriminologischen und kriminalpolitischen Diskurs und dient regelmäßig als Chiffre für biologische Erklärungen kriminellen Verhaltens. So wurde in verschiedenen Epochen im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert eine 'Lombroso-Renaissance' in der deutschsprachigen Kriminologie diagnostiziert. Jonas Menne analysiert und vergleicht historische und gegenwärtige biowissenschaftliche Erklärungsansätze für die Entstehung kriminellen Verhaltens – von der Kriminalanthropologie Lombrosos über die ersten kriminologischen Zwillingsstudien bis hin zu aktuellen Modellen aus Genetik und Neurowissenschaften. Neben der Frage nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten stehen dabei auch kriminalpolitische Forderungen der biowissenschaftlichen Kriminologie und ihre Auswirkungen auf Straf- und Sanktionenrecht sowie Kriminalpolitik im Fokus. Gängige Erzählungen zur Kriminologiegeschichte können so kritisch hinterfragt und präzisiert werden. Die Arbeit wurde 2017 von der Juristenfakultät der Universität Leipzig mit dem Preis der Dr.-Feldbausch-Stiftung ausgezeichnet.

Johst, David

## Begrenzung des Rechtsgehorsams

### Die Debatte um Widerstand und Widerstandsrecht in Westdeutschland 1945–1968

Band 91  
2016. XII, 254 Seiten.

ISBN 9783161531026  
fadengeheftete Broschur 59,00 €

Die nachträgliche Aufnahme eines allgemeinen Widerstandsrechtes in das Grundgesetz 1968 wird in der Forschung zumeist als ein Zugeständnis an die Kritiker der Notstandsgesetze interpretiert. Unberücksichtigt bleibt dabei, dass die Frage nach den Grenzen des Rechtsgehorsams seit der Gründung der Bundesrepublik in unterschiedlichen Zusammenhängen immer wieder intensiv diskutiert wurde. Die Forderung nach einem allgemeinen Widerstandsrecht wird verständlicher vor dem Hintergrund einer gesellschaftlichen Debatte um Widerstand und Widerstandsrecht. Widerstand und politischer Ungehorsam, so die zentrale Ausgangshypothese der Arbeit, wurden nach 1949 nicht mehr allein als Bedrohung der staatlichen Ordnung und des Rechtsfriedens, sondern – vor dem Hintergrund der Erfahrung des Nationalsozialismus – auch als Chance und politisches Gebot betrachtet.

Bräunig, Christoph

## Herbert Dorn (1887–1957)

### Pionier und Wegbereiter im Internationalen Steuerrecht

Band 90  
2016. XV, 393 Seiten.

ISBN 9783161537448  
Leinen 79,00 €

Für das Internationale Steuerrecht waren die 1920er Jahre die eigentliche Geburtsstunde und die erste Blütezeit. Unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg nahm Deutschland bei der Bekämpfung der internationalen Steuerflucht und Doppelbesteuerung weltweit eine Vorreiterrolle ein. Wie kein Zweiter prägte Herbert Dorn, Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium und später Präsident des Reichsfinanzhofs, die Entwicklung dieses neuen Rechtsgebiets. Als deutscher DBA-Verhandlungsführer, als Mitglied im Fiskalausschuss des Völkerbundes und als führende Stimme der aufkeimenden Internationalen Steuerrechtswissenschaft leistete er Pionierarbeit, die bis in die Gegenwart reicht. Sein Lebenswerk steht zudem beispielhaft für die Internationalität der Weimarer Republik. Deren internationale Ausrichtung und Zusammenarbeit wurde erst durch die NS-Diktatur gestoppt, der schließlich auch Herbert Dorn selbst zum Opfer fiel. Diese Arbeit wurde mit dem Albert-Hensel-Preis 2015 der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft ausgezeichnet.

Thompson, Dominik A.

## Krieg ohne Schaden

### Vertragsstreitigkeiten und Haftpflichtprozesse im Kontext von Kriegswirtschaft und

### Amtshaftungskonjunktur ausgehend von der Rechtsprechung des Landgerichts Bonn während des Zweiten Weltkrieges (1939–1945)

Band 89  
2015. XII, 338 Seiten.

ISBN 9783161535703  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Das NS-Regime zielte von Anfang an darauf ab, während des Zweiten Weltkrieges im Bereich des alltäglichen Wirtschaftens der nicht verfolgten Bevölkerungsmehrheit an der »Heimatfront« von vornherein jene Probleme zu vermeiden, von denen anhand der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg eine Wiederkehr erwartet wurde. Unter anderem Preis- und Marktregulierung, Kriegsverfahrensrecht und eine äußerst weit gefasste Reichshaftung für Kriegsschäden sorgten dafür, dass eine Reihe von Themen gar nicht oder nur auf Umwegen der Gegenstand von Zivilprozessen vor Ort werden konnten. Bei Schadensersatzprozessen und besonders bei Verkehrsunfällen mit Wehrmachtbeteiligung war dies jedoch anders: Hier wurde die schon vor Kriegsbeginn nachweisbare Tendenz, die Amtshaftung im als »unpolitisch« deklarierten Bereich auszubauen, zum Sprungbrett dafür, die im übrigen Rechtssystem verankerte Kriegsfolgenkompensation in Zivilurteilen nachzubilden, ohne dass dies vom Regime explizit angeordnet worden wäre. Dominik A. Thompson liefert unter anderem die erste juristisch fundierte Darstellung des Kriegssachschädenrechts.



Löffelsender, Michael

## Kölner Rechtsanwälte im Nationalsozialismus

### Eine Berufsgruppe zwischen »Gleichschaltung« und Kriegseinsatz

Band 88  
2015. XI, 208 Seiten.  
ISBN 9783161542152  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahre 1933 veränderte die deutsche Rechtsanwaltschaft grundlegend. Die Beseitigung der anwaltlichen Selbstverwaltung und die »Arisierung« der Anwaltschaft bildeten den Auftakt für eine institutionelle und personelle Neuausrichtung im nationalsozialistischen Sinne. Michael Löffelsender zeichnet diese Entwicklungen beispielhaft für den Oberlandesgerichtsbezirk Köln nach. Schlaglichtartig beleuchtet er die »Gleichschaltung« der Anwaltsvereine und der Anwaltskammer sowie die rassistisch und politisch motivierte Ausgrenzung und Disziplinierung von Anwälten. Ein Hauptaugenmerk gilt darüber hinaus den Werdegängen und Verhaltensmustern von Rechtsanwälten unter den Bedingungen der NS-Diktatur, die er in einem breiten Spannungsfeld von Resistenz, Anpassung und Selbstmobilisierung verortet.

Rückert, Joachim

## Abschiede vom Unrecht

### Zur Rechtsgeschichte nach 1945

Band 87  
2015. VIII, 563 Seiten.  
ISBN 9783161541360  
Leinen 164,00 €

Der vorliegende Band versammelt 19 Studien: Bilanzen, Methoden- und Verfassungswandel, Alternativen. Darin untersucht Joachim Rückert die Rechts- und Zeitgeschichte als Wissenschaft, Schlüsselbereiche wie Richterrecht, Abwägung als neueren Methodenprimus und die Legenden zur juristischen Methodengeschichte seit Savigny, umstrittene Phänomene wie die rechtliche Beseitigung des Deutschen Reiches 1945, die Giordano-Frage einer »zweiten Schuld« unserer Väter, die NS-Verarbeitung durch Justiz und erstmals aus den Personalakten auch die NS-Belastung des Bundesjustizministeriums nach 1949. Als »Alternativen« bedacht werden die pionierhafte Hessische Verfassung von 1946, die DDR-Justiz, die neue Sozialstaatsjurisprudenz nicht erst seit 1945, die disparate Transformation der Diktaturen in Europa, die neue Juristenausbildung 1974–84, den großen Wandel in Sachen Mitbestimmung und nicht zuletzt die erstaunliche Einseitigkeit unserer »großen Erzählungen« der Rechtsgeschichte. Kritisch betont der Autor die gängige Vergangenheitspolitik nicht nur im Rechtsgeschichtsfach. Aus deren Fesseln zu befreien ist sein Anliegen. *Abschiede vom Unrecht* wird ein Paar bilden mit *Unrecht durch Recht*. Unrecht im Recht und durch Recht vor 1945 und Abschiede vom Unrecht sind die beiden prägenden Phänomene der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts und nach wie vor *das* Thema der Zeitgeschichte. Nicht nur das Grundgesetz nahm vor allem auch Abschied. Die 19 Beiträge widmen sich dem Faktor Recht in dieser Geschichte. Es geht dabei nicht um die Beschwörung einer besonderen Betroffenheit, sondern um Analysen zu durchweg unerschlossenen historischen Vorgängen von zentraler Bedeutung. Die Rechtsstruktur verdient besonders Interesse als ein so vieles entscheidender und besonders dauerhafter historischer Faktor.

Grieß, Martin

## »Im Namen des Rechts«

### Der Oberste Gerichtshof für die Britische Zone als Höchstgericht in Zivilsachen zwischen Tradition und Neuordnung

Band 86  
2015. XVIII, 420 Seiten.  
ISBN 9783161539800  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

In der juristischen Fachwelt gilt der im Oktober 1950 gegründete Bundesgerichtshof als Nachfolgeinstitution des im Frühjahr 1945 aufgelösten Reichsgerichts. Auf dem Gebiet der Britischen Besatzungszone existierte jedoch mit dem Obersten Gerichtshof für die Britische Zone (1948–1950) zwischenzeitlich ein Gericht, das als Revisionsinstanz der ordentlichen Gerichtsbarkeit funktional die gleichen Aufgaben wie das Reichsgericht übernahm und das in vielerlei Hinsicht den Grundstein für den Bundesgerichtshof legte. Martin Grieß zeichnet ein Porträt des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone. Dabei legt er, anders als die bisherige Forschung zu diesem Gericht, den Schwerpunkt der Betrachtung auf den Bereich des Zivilrechts. Der Autor untersucht das Gericht, seine rechtlichen Grundlagen, sein Personal und seine zivilrechtliche Rechtsprechung von dessen Gründung bis zu seiner Auflösung. Er zeigt, dass die Geschichte der höchstgerichtlichen Rechtsprechung in Deutschland nicht ohne den Obersten Gerichtshof für die Britische Zone erzählt werden kann.

Burkhardt, Anika

## Das NS-Euthanasie-Unrecht vor den Schranken der Justiz: eine strafrechtliche Analyse

Band 85  
2015. XXXIII, 677 Seiten.  
ISBN 9783161536236  
fadengeheftete Broschur 124,00 €

Die deutsche Justiz hat über vier Jahrzehnte bis in die jüngste Vergangenheit Strafverfahren gegen Personen geführt, die sich an den Euthanasie-Verbrechen im Nationalsozialismus beteiligt haben. Die in diesen Verfahren von west-, aber auch ostdeutschen Gerichten gefällten Urteile analysiert Anika Burkhardt. Dabei wertet sie umfassend sowohl die tatsächlichen Feststellungen als auch die rechtliche Würdigung der Gerichte aus. Über eine detaillierte Beschreibung der Abläufe und Formen des organisierten Tötungssystems hinaus liefert die Verfasserin einen eingehenden Einblick in den unterschiedlichen Umgang der Rechtsprechung mit einem der größten Verbrechenkomplexe des Dritten Reichs. Ihren Schwerpunkt setzt die Autorin auf die wesentlichen Rechtsfragen nach der für eine Verurteilung einschlägigen Rechtsgrundlage, der Teilnahmeform, eventuell vorliegenden Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründen sowie der

## Rechtsphilosophisches Denken im Osten Europas

Dokumentation und Analyse rechtsphilosophischer Schriften aus Russland, Polen, Ungarn und Tschechien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Hrsg. v. Angelika Nußberger u. Caroline von Gall

Band 84  
2015. XIII, 527 Seiten.

ISBN 9783161536618  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Der Band gibt Einblick in das vorsozialistische rechtsphilosophische Denken in Russland, Polen, Tschechien und Ungarn. Den Dokumentationen einzelner ins Deutsche übersetzter Ausschnitte aus repräsentativen Texten bedeutender Rechtsphilosophen dieser Länder werden jeweils umfassende Analysen vorangestellt. Die einzelnen Textausschnitte geben »Kostproben« von Argumentationsweise und Stil der Schriften, gleichzeitig wird die Entwicklung der rechtsphilosophischen Diskussion in ihrer Gesamtheit nachgezeichnet. Dabei werden dem deutschsprachigen Leser einerseits eigenständige rechtsphilosophische Debatten Mittel- und Osteuropas freigelegt, es wird aber andererseits auch gezeigt, wie Rechtsdenker dieser Region intensiv in gesamteuropäische Diskurse über das Recht involviert waren. Die übersetzten Texte stammen überwiegend aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Inhaltsübersicht

### Einführung

*Angelika Nußberger:* Rechtsphilosophisches Denken im Osten Europas – ein verschüttetes Erbe?

### Rußland

#### Analyse

*Caroline von Gall:* Russische Rechtsphilosophie

### Textdokumentation

*Boris Čičerin:* »Eigentum und Staat« (1882) – *Leon Petrażycki:* »Die Theorie des Staats und Rechts in Verbindung mit der Theorie der Sittlichkeit« (1909) – *Novgorodcev:* »Einführung in die Philosophie des Rechts. Krise des modernen Rechtsbewusstseins« (1909) – *Gabriel Szerszeniewicz:* »Rechtfertigung des Rechts« (1910)

### Polen

#### Analyse

*Bolesław Banaszekiewicz:* Polnische Rechtsphilosophie der Zwischenkriegszeit

### Textdokumentation

*Jerzy Lande:* »Diskussionsbeitrag zu Aufgaben und Methoden der Rechtstheorie« (1924) – *Jerzy Lande:* »Norm und Rechtsercheinung« (1925) – *Czesław Znamierowski:* »Psychologistische Rechtstheorie« (1922) – *Czesław Znamierowski:* »Rechtsgefüge und Rechtsnorm« (1934) – *Eugeniusz Jarra:* Allgemeine Rechtstheorie« (1922) – *Antoni Peretiatkowicz:* »Einführung in die Rechtswissenschaften« (1939) – *Sawa Frydman:* »Rechtsdogmatik im Lichte der Soziologie« (1936) – *Sawa Frydman:* »Rechtstheorie und Theorie der juristischen Technik« (1937) – *Czesław Martyniak:* »Geltungskraft des Rechts und die Theorie von Kelsen« (1938) – *Czesław Martyniak:* »Das Problem der Rechtsphilosophie« (1939)

### Tschechien

#### Analyse

*Pavel Holländer:* Die tschechische Rechtsphilosophie

### Textdokumentation

*František Weyr:* »Grundlagen der Rechtsphilosophie. Lehre über die rechtliche Kenntnisaufnahme« (1920) – *Emil Svoboda:* »Einige Gedanken zur Reinen Rechtslehre« (1938) – *Karel Engliš:* »Kleine Logik. Die Lehre von der Denkordnung« (1947)

### Ungarn

#### Analyse

*Miklós Szabó:* Die Blütezeit der modernen Rechtsphilosophie in Ungarn

### Textdokumentation

*Felix Somló:* »Staatliche Intervention und Individualismus« (1903) – *Felix Somló:* »Rechtsphilosophie. Auszug aus der Juristischen Grundlehre« (1920) – *Julius Moór:* »Einführung in die Rechtsphilosophie« (1923) – *Julius Moór:* »Probleme der Rechtsphilosophie« (1945) – *Barna Horváth:* »Entwurf der Rechtstheorie« (1937) – *József Szabó:* »Philosophie des juristischen Denkens«

Gruenewaldt, Arthur von

## Die Richterschaft des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main in der Zeit des Nationalsozialismus

Die Personalpolitik und Personalentwicklung

Band 83  
2015. XVII, 403 Seiten.  
ISBN 9783161538438  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Die Justiz war funktionaler Bestandteil des nationalsozialistischen Systems. Da sie ihm durch ihre Rechtsprechung Legitimation verschaffte, benötigte das Regime eine in seinem Sinne zuverlässige Richterschaft. Diesem Ziel dienten mehrere neue Gesetze und die Einflussnahme durch das Reichsjustizministerium. Am Beispiel des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main untersucht Arthur von Gruenewaldt, wie ab 1933 aus politischen und rassistischen Gründen Richter entlassen, versetzt und entrechtet, und die frei gewordenen Stellen mit sogenannten Alten Kämpfern, überzeugten Nationalsozialisten oder Karrieristen und Opportunisten besetzt wurden. In ausführlichen Kollektiv- und Einzelbiographien werden Laufbahn und politisches Verhalten der betroffenen hohen Justizbeamten, der Verfolgten wie der Nutznießer, dargestellt. Abschließend gibt der Autor einen Ausblick auf den Neuaufbau der hessischen Justiz nach 1945 und betrachtet die personelle Kontinuität. Die Arbeit wurde mit dem Fritz Bauer Studienpreis für Menschenrechte und juristische Zeitgeschichte des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz ausgezeichnet.

Lubini, Julian

## Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in den Ländern der SBZ/DDR 1945–1952

Band 82  
2015. XVII, 319 Seiten.  
ISBN 9783161535260  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Anders als in den westlichen Besatzungszonen und der Bundesrepublik, wo der in der Weimarer Republik begonnene Weg hin zu einer nahezu lückenlosen gerichtlichen Verwaltungskontrolle vollendet wurde, hatte die Verwaltungsgerichtsbarkeit in der SBZ und frühen DDR kaum eine Chance. Der alliierten Gesetzgebung zufolge mussten in ganz Deutschland Verwaltungsgerichte wieder errichtet werden, sodass nach Thüringen, das hierin bereits 1945/46 vorangegangen war, zwar auch in Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt neue gesetzliche Grundlagen geschaffen wurden. In diesen schlug sich allerdings der Unwille der SED nieder, die 'eigene' Verwaltung durch unabhängige Gerichte kontrollieren zu lassen. Trotz Unvereinbarkeit mit den immer wirksamer werdenden Staatsstrukturprinzipien wie Gewalteneinheit und Zentralismus konnten die Verwaltungsgerichte dennoch für wenige Jahre einen gewissen Rechtsschutz gewähren, bis sie 1952 mit dem proklamierten Aufbau des Sozialismus entfielen.

Haßlinger, Nikolas

## Max von Rümelin (1861–1931) und die juristische Methode

Band 81  
2014. XIV, 205 Seiten.  
ISBN 9783161533518  
fadengeheftete Broschur 64,00 €

Max von Rümelin ist heute weitgehend in Vergessenheit geraten. Er gilt – neben Philipp Heck – als Mitbegründer und führender Vertreter der im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts vorherrschenden Methodenlehre der Interessenjurisprudenz (Tübinger Schule). Nikolas Haßlinger versucht Rümelins Leben und sein rechtsmethodisches Werk umfassend nachzuvollziehen. Im Fokus steht dabei zum einen, welches Bild Rümelin in seinen Arbeiten von der sogenannten »Begriffsjurisprudenz« zeichnete, mit der er sich intensiv auseinandergesetzt hatte, zum anderen, welche eigene Auffassung er von Recht und Rechtsmethode vertrat. Hierbei wird insbesondere untersucht, ob und inwiefern Abweichungen zu den Positionen Philipp Hecks, mit dem er eng zusammenarbeitete, existierten, und inwiefern seine eigenen Beiträge zur Interessenjurisprudenz von der rechtsgeschichtlichen Forschung bisher gewürdigt wurden.

Sörgel, David

## Die Implementation der Grundlagenfächer in der Juristenausbildung nach 1945

Band 80  
2014. XIV, 322 Seiten.  
ISBN 9783161524134  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

Im Zuge der seit Jahrzehnten geführten Diskussion über die Juristenausbildung wird häufig angemerkt, dass die Ausbildung der Juristen in den juristischen Grundlagenfächern wie Rechtsgeschichte, Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie sowie Rechtstheorie immer weniger wird und die Fächer bedeutungsloser werden. Da diese Aussagen meist unbelegt bleiben, geht David Sörgel der tatsächlichen Implementation der Grundlagenfächer in der deutschen Juristenausbildung der letzten 60 Jahre nach. Ausgangspunkt ist dabei zunächst die normative Implementation der Grundlagenfächer in den Ausbildungsordnungen und -gesetzen. Ausgehend davon untersucht der Autor das Lehrangebot in den Grundlagenfächern an ausgewählten Universitäten anhand der Vorlesungsverzeichnisse, um schließlich empirisch belegte Aussagen über die Relevanz der Fächer aus Sicht der Jurastudenten zu treffen.

Küffer, Rafael

## Eine liberale Kritik am Notrecht

### Zaccaria Giacometti als Protagonist der Schweizer Notrechtsdebatte

Band 79  
2014. XVI, 232 Seiten.  
ISBN 9783161530869  
Leinen 79,00 €

Zaccaria Giacometti hat viele bedeutende Beiträge zur Schweizer Staatsrechtslehre geleistet. Von besonderem Interesse sind dessen Untersuchungen zur Legitimität des Staatsnotrechts, die ihn über die Landesgrenzen hinaus bekannt gemacht haben. Seine Position zu diesem Thema ist jedoch noch nie umfassend und eingehend analysiert worden. Diese Lücke schließt Rafael Küffer, indem er politische, ökonomische und wissenschaftliche Kontexte von Giacomettis Äußerungen aufzeigt. Dadurch erscheinen Giacomettis Lehren in einem ganz neuen Licht. Auch in der heutigen Diskussion um Notrecht wird immer wieder auf Giacometti verwiesen. Dabei wird seine Position regelmäßig als liberal, positivistisch und der Lehre Kelsens nahe stehend gekennzeichnet. Rafael Küffer bringt auch in dieser Hinsicht neue Erkenntnisse, indem er darlegt, dass man mit einer solchen Etikettierung Giacomettis differenzierter und mitunter auch widersprüchlicher Argumentation nicht gerecht werden kann. Für die vorliegende Dissertation wurde Rafael Küffer mit dem Professor Walter Hug Preis 2015 ausgezeichnet.

Mehring, Reinhard

## Kriegstechniker des Begriffs

### Biographische Studien zu Carl Schmitt

Band 78  
2014. XII, 195 Seiten.

ISBN 9783161534522  
fadengeheftete Broschur 64,00 €

Die vorliegenden, grundlegend überarbeiteten und teils stark erweiterten Studien führen zentrale Aspekte der Biographie Carl Schmitt. Aufstieg und Fall (Beck-Verlag, München 2009) exemplarisch weiter. Sie erörtern Schmitts Ekstasetechnik außerhalb alltäglicher Dramatisierung seines Lebens als Ausnahmezustand, die Wirkung des Lehrers auf Otto Kirchheimer, das ambivalente Verhältnis zum Heidelberger Rechtspositivismus, den nationalsozialistischen Aufstieg im Kölner Sommersemester 1933, den frühen Auftritt des NS-»Kronjuristen« gegenüber dem präbenedikten Philosophenführer Martin Heidegger, die rückblickende Spiegelung Hitlers in der dramatischen Figur von Friedrich Schillers »Demetrius«, die spätere Distanzierung von Walter Benjamin im Handexemplar von Benjamins Trauerspiel-Buch, das spannungsvolle Verhältnis zu Ernst Jünger und die »esoterischen« Vernetzungen und elitären Kommunikationsformen des »Diskurspartisanen« der Bundesrepublik. Der Diskurspartisan erscheint als intellektuell brillanter und radikaler, charismatischer und schöngeistiger »Kriegstechniker des Begriffs«.

## Weimarer Zivilrechtswissenschaft

### Hrsg. v. Martin Löhnig u. Mareike Preisner

Band 77  
2014. XI, 175 Seiten.

ISBN 9783161533259  
fadengeheftete Broschur 54,00 €

Dieser Band versammelt die Beiträge einer Regensburger Tagung zur »Weimarer Zivilrechtswissenschaft«, welche den Auftakt zu einer vertieften Beschäftigung mit der Zivilrechtsgeschichte der Weimarer Zeit bilden soll. Die Autoren nehmen verschiedene Sparten der Weimarer Zivilrechtswissenschaft mit ihren Leistungen in den Blick und präsentieren eine erstaunlich produktive und leistungsfähige Wissenschaftsdisziplin. Im Ergebnis lassen sich zwar keine prägenden Spezifika einer Weimarer Zivilrechtswissenschaft isolieren oder eine Periodisierung mit Blick auf die verfassungsrechtlichen Umbrüche der Jahre 1918/19 und 1933 vornehmen, sehr wohl jedoch lässt sich der Befund gewinnen, dass in vielen Bereichen der Zivilrechtswissenschaft Bonn sehr wohl Weimar war.

#### Inhaltsübersicht

*Mareike Preisner:* Weimarer Schuldrechtswissenschaft. Der Begriff des Schuldverhältnisses – *Martin Otto:* »Die Materie war rechtlich schwierig«. Das Arbeitsrecht der Weimarer Republik in Wissenschaft und Praxis am Beispiel des »Ruhreisenstreits« – *Matthias Maetschke:* Preis, Rationalisierung, Leistung. Überlegungen zu Hans Carl Nipperdeys Konzept des Leistungswettbewerbs von 1930 – *Louis Pahlow:* Objektivierung und Entpersönlichung. Zum Unternehmensbegriff in der Privatrechtswissenschaft der Weimarer Republik – *Mareike Preisner:* Weimarer Familienrechtswissenschaft – *Martin Löhnig:* Weimarer Zivilprozessrecht – *Jan Schröder:* Gab es eine (Privat-) Rechtstheorie der Weimarer Republik?

Keppeler, Lutz Martin

## Oswald Spengler und die Jurisprudenz

### Die Spenglerrezeption in der Rechtswissenschaft zwischen 1918 und 1945, insbesondere innerhalb der »dynamischen Rechtslehre«, der Rechtshistoriographie und der Staatsrechtswissenschaft

Band 76  
2014. XVI, 328 Seiten.

ISBN 9783161527692  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

Oswald Spengler gilt als herausragende Persönlichkeit der Weimarer Zeit. Sein *Untergang des Abendlandes* war das meistdiskutierte Buch jener Epoche und es hatte einen ungeheuren – und mittlerweile gut erforschten – Einfluss auf die Denker der Zwischenkriegszeit. Lutz Martin Keppeler widmet sich in seiner Untersuchung dem Einfluss Spenglers auf die Juristen und schließt damit eine Lücke in der Spenglerforschung. Vor allem das von Spengler geprägte Stichwort einer juristischen Dynamik wurde von Juristen in vielen unterschiedlichen Kontexten aufgenommen. Durch die Arbeit wird zugleich auch ein Stück der juristischen Geistesgeschichte aufgearbeitet, da sich die Spenglerrezeption im Zivilrecht stets nah am Zeitgeist des sozialen und lebensnahen Rechts und des irrationalen lebensphilosophischen Denkens bewegte. Innerhalb der Staatsrechtswissenschaften wurde Spengler hingegen eher aufgrund seiner radikalen und intellektuellen Gegenwartsanalyse rezipiert.

Manthe, Barbara

## Richter in der nationalsozialistischen Kriegsgesellschaft

### Beruflicher und privater Alltag von Richtern des Oberlandesgerichtsbezirks Köln, 1939–1945

Band 75  
2013. XII, 379 Seiten.  
ISBN 9783161527548  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Der berufliche und private Alltag von Richtern des Kölner Oberlandesgerichtsbezirks zwischen 1939 und 1945 steht im Zentrum dieser alltagsgeschichtlichen Studie. Barbara Manthe untersucht, wie die Justizbeamten im Bombenkrieg ihren Arbeitsalltag organisierten, und fragt, inwiefern die Richter an den Amts- und Landgerichten nationalsozialistische Vorstellungen von »Volksgemeinschaft« umsetzten. Die Autorin beleuchtet Kooperationen und Konflikte einzelner Richter mit anderen Akteuren des Regimes und analysiert erstmals die Tätigkeit von Richtern des Kölner OLG-Bezirks im besetzten Polen. Die Untersuchung, was Bombenkrieg und Mangelwirtschaft für die privaten Lebensverhältnisse der Richter bedeuteten, wirft Licht auf den bislang kaum erforschten Alltag des Bürgertums im Zweiten Weltkrieg.

## Kölner Juristen im 20. Jahrhundert

Beiträge zu einer Ringvorlesung an der Universität zu Köln, Sommersemester 2010 und Wintersemester 2010/2011

Hrsg. v. Steffen Augsberg u. Andreas Funke

Band 74  
2013. VI, 249 Seiten.  
ISBN 9783161524301  
Leinen 74,00 €

Der Sammelband enthält die Vorträge, die im Rahmen einer Ringvorlesung an der Universität zu Köln gehalten wurden. Biographie und Werk bedeutender Kölner Juristen werden in kritischer Distanz eingehend untersucht und in die wechselvolle Geschichte des 20. Jahrhunderts eingebunden. *Mit Beiträgen von: Hans-Jürgen Becker, Sibylle Hofer, Thorsten Hollstein, Gerd Irrlitz, Jens Kersten, Reinhard Mehring, Stanley L. Paulson, Michael Pawlik, Annette Weinke, Marc-Philippe Weller*

Inhaltsübersicht

*Sibylle Hofer:* Andreas von Tuhr: Das Phänomen eines gelobten Begriffsjuristen – *Marc-Philippe Weller:* Heinrich Lehmann: Ein Pionier des Privat- und Wirtschaftsrechts – *Stanley L. Paulson:* Hans Kelsen: Das Ende der Reinen Rechtslehre? Ein Briefwechsel, ein Spannungsverhältnis und der Umsturz der Rechtslehre Hans Kelsens – *Hans-Jürgen Becker:* Hans Planitz: Die Erforschung der Geschichte des deutschen Privat- und Vollstreckungsrechts und der Rechtsgeschichte der mittelalterlichen Stadt – *Gerd Irrlitz:* Arthur Baumgarten: Ein deutscher Rechtsgelehrter – *Reinhard Mehring:* Sinnwandel eines Semesters – vom Agon mit Kelsen zum Probelauf des »Kronjuristen« – *Annette Weinke:* Hermann Jahrreiß: Vom Exponenten des völkerrechtlichen »Kriegseinsatzes« zum Verteidiger der deutschen Eliten in Nürnberg – *Thorsten Hollstein:* Hans Carl Nipperdey: Kölner Rechtswissenschaftler, Präsident des BAG und juristisches Chamäleon? – *Jens Kersten:* Hans Peters: Methodenwandel durch Unrechtserfahrung – *Michael Pawlik:* Ulrich Klug: Skeptische Rechtsphilosophie und liberales Strafrecht

Foljanty, Lena

## Recht oder Gesetz

Juristische Identität und Autorität in den Naturrechtsdebatten der Nachkriegszeit

Band 73  
2013. XVIII, 412 Seiten.  
ISBN 9783161520037  
Leinen 109,00 €

Der Nationalsozialismus war kaum vorbei, als Juristen begannen, sich der Grundlagen ihres Faches zu vergewissern. Dem »Positivismus« wurde die Schuld für die Verstrickung der eigenen Profession in den Nationalsozialismus gegeben, im Naturrecht die Chance gesehen, die Schatten der Vergangenheit hinter sich zu lassen. Lena Foljanty rekonstruiert die Naturrechtsbesinnung der ersten Nachkriegsjahre in ihrem zeithistorischen Kontext. Sie zeigt, wie sie für Juristen einen Rahmen darstellte, in welchem sie sich über ihr professionelles Selbstverständnis und ihre Rolle in der zukünftigen Gesellschaft verständigen konnten. Die Naturrechtsbesinnung entpuppt sich als Schlüssel für die rasche Rekonsolidierung des Faches. Es wird deutlich, dass in ihr Grundlagen gelegt wurden, die das bundesrepublikanische Rechtsdenken noch in den nächsten Jahrzehnten prägen sollten.

Krings, Sylvia

## Die Vorgeschichte des Vertrags mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter im Mietrecht

Band 72  
2012. XIV, 195 Seiten.  
ISBN 9783161521713  
fadengeheftete Broschur 59,00 €

Die Begründung des Vertrags mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter gilt als eine der sozialen Grundentscheidungen des frühen 20. Jahrhunderts. Zuvor, so wird angenommen, sei den Familienangehörigen des Mieters als Nichtvertragspartnern bei einer Schädigung durch einen Mangel der Wohnung einzig die vermeintlich schwache, deliktische Haftung verblieben. Tatsächlich existierten jedoch bereits im 19. Jahrhundert vertragliche Schutzmechanismen, die allerdings weniger auf einer als »sozial« verstandenen Ausdehnung der Vertragspflichten als vielmehr auf einem uns heute fremden Familienbild beruhten. Im Zuge des gesellschaftlichen Wandels sah sich das Reichsgericht erstmals zu einer dogmatischen Legitimation der bisherigen Rechtspraxis veranlasst. Durch den Vertrag mit Schutzwirkung wurde die Haftung des Vermieters gegenüber Angehörigen begründet, aber auch auf diese begrenzt.

Herbers, Matthias

## Organisationen im Krieg

### Die Justizverwaltung im Oberlandesgerichtsbezirk Köln 1939–1945

Band 71  
2012. XIII, 433 Seiten.

ISBN 9783161518874  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Matthias Herbers untersucht die Justizverwaltung des Oberlandesgerichtsbezirks Köln zwischen 1939 und 1945. Diese war ein wenig beachtetes, jedoch wichtiges Instrument nationalsozialistischer Repression. Im Zusammenspiel mit den Organen der Rechtspflege entfaltete sie vor allem im Zweiten Weltkrieg ihre Wirkung. Der Autor siedelt seine Studie an der Schnittstelle von neuerer Verwaltungs-, Kriegs- und NS-Geschichte an. Er untersucht mithilfe der Systemtheorie Niklas Luhmanns und Forschungen zur Verwaltungskultur den Kriegsalltag dieser Behörde. Drei Aspekte stehen im Mittelpunkt des Interesses: Erstens analysiert Matthias Herbers die Funktionen, die Strukturen und das Personal der Kölner Justizverwaltung. Zweitens fragt er nach den Entscheidungsspielräumen einer Verwaltung im Krieg. Drittens betrachtet er die Kriegsfolgen, denen die Organisation ausgesetzt war.

Löffelsender, Michael

## Strafjustiz an der Heimatfront

### Die strafrechtliche Verfolgung von Frauen und Jugendlichen im Oberlandesgerichtsbezirk Köln 1939–1945

Band 70  
2012. XII, 494 Seiten.

ISBN 9783161517372  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

In den Kriegsplanungen des NS-Regimes spielte die Strafjustiz eine zentrale Rolle. Als ein so genannter »Akteur der inneren Kriegsführung« sollte sie dazu beitragen, die »Heimatfront« zu stabilisieren. Michael Löffelsender fragt nach der Umsetzung dieses Arbeitsauftrages, indem er die Strafrechtspraxis gegenüber Frauen und Jugendlichen untersucht, die als besondere Risikofaktoren an der »inneren Front« galten. Er analysiert die verschiedenen Etappen des Strafverfahrens und entwirft das Bild einer differenzierend agierenden Strafjustiz, deren Maßnahmen sich zwischen den Polen von kalkulierten Strafverzicht und exemplarischer Härte bewegten. Bei der Urteilsanalyse verbindet er rechtshistorische mit kultur- und sozialgeschichtlichen Ansätzen und beleuchtet somit erstmals den weitreichenden Einfluss von ideologischen und gesellschaftlichen Leitvorstellungen, zeitgenössischen Geschlechterstereotypen und kriminologischen Wissensbeständen in der Strafrechtspraxis während des Krieges. Die Arbeit wurde mit dem Ehrhardt-Imelmann-Preis der Universität Köln 2011 und dem Preis der Offermann-Hergarten-Stiftung ausgezeichnet.

## Staat und Recht in Teilung und Einheit

Hrsg. v. Julian Krüper u. Heiko Sauer

Band 69  
2012. VIII, 269 Seiten.

ISBN 9783161509834  
fadengeheftete Broschur 54,00 €

Die deutsche Wiedervereinigung war das bedeutende historische und weltpolitische Ereignis am Ende des 20. Jahrhunderts. Neben ihrer politischen und gesellschaftlichen Dimension und der Frage ihrer historischen Vorbereitung hat sie eine Vielzahl von Rechtsfragen insbesondere der Aufarbeitung der sozialistischen Diktatur und der Erinnerung an diese aufgeworfen. Der vorliegende Band trägt die Beiträge einer Ringvorlesung zusammen, die im Wintersemester 2010/11 von der Juristischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in Kooperation mit dem Institut für Geschichtswissenschaften veranstaltet wurde. Politiker, Historiker und Juristen wenden sich den Kernfragen von deutscher Teilung und Einheit zu. Dabei werden nicht nur der Wiedervereinigungsprozess und seine Folgen, sondern auch 40 Jahre deutsch-deutscher Beziehungen einschließlich eines Blicks auf den Lebens- und Rechtsalltag in der DDR beleuchtet.

Mit Beiträgen von:

Sabine Bergmann-Pohl, Christoph Bergner, Marianne Birthler, Susanne Brandt, Jan Busche, Horst Dreier, Bernd Faulenbach, Jochen Abr. Frowein, Hans-Dietrich Genscher, Martina Haedrich, Hans-Joachim Jentsch, Julian Krüper, Bernd Rüthers, Heiko Sauer, Michael Stolleis

Siebels, Volker

## Ernst Landsberg (1860–1927)

### Ein jüdischer Gelehrter im Kaiserreich

Band 68  
2011. XI, 233 Seiten.

ISBN 9783161507687  
fadengeheftete Broschur 54,00 €

Volker Siebels schildert die Biografie des Bonner Rechtswissenschaftlers Ernst Landsberg. Landsberg war ein brillanter Rechtshistoriker mit großen pädagogischen Fähigkeiten. Sein Hauptwerk stellt die dreibändige Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft dar, die von seinem Lehrer Stintzing begonnen und von ihm vollendet wurde. Es wird heute noch als Standardwerk genutzt. Landsberg wurde von seinen Kollegen mehrfach zum Dekan und einmal zum Rektor der Universität Bonn gewählt. Landsberg lehrte bis Mitte der Zwanziger Jahre des Zwanzigsten Jahrhunderts in Bonn. Einem Ruf nach Königsberg folgte er nicht. Aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Judentum wurde er trotz seiner eindrucksvollen wissenschaftlichen Leistungen in seiner beruflichen und finanziellen Entwicklung von der Berliner Kultusverwaltung nachhaltig behindert.



Ditt, Thomas

## »Stoßtruppfakultät Breslau«

### Rechtswissenschaft im »Grenzland Schlesien« 1933–1945

Band 67  
2011. XIV, 318 Seiten.

ISBN 9783161503740  
Leinen 89,00 €

Die umfangreiche (rechts-)historische Forschung zum Nationalsozialismus hat die Breslauer Universität bislang weitgehend ausgeklammert, obwohl sie zu den größten Preußens zählte. Die Entwicklung der Juristischen Fakultät der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität in der NS-Zeit wurde nun erstmals von Thomas Ditt untersucht. Der Autor analysiert die Entwicklung einer Fakultät, die in zweierlei Hinsicht eine Sonderstellung einnahm. Die Breslauer Rechtsfakultät wurde – zusammen mit den Fakultäten in Kiel und Königsberg – im Januar 1935 vom Berliner Wissenschaftsministerium zur »politischen Stoßtruppfakultät« erklärt. Eine besondere Aufgabe fiel ihr auch dadurch zu, dass sich die Breslauer Hochschule als »Grenzland-Universität« verstand. Die Analyse zeigt, dass beide Begriffe nicht nur Schlagworte blieben. Durch eine gezielte Personalpolitik wurde die Fakultät in kurzer Zeit personell umgestaltet und inhaltlich neu ausgerichtet.

Bastian, Daniell

## Westdeutsches Polizeirecht unter alliierter Besatzung (1945–1955)

Band 66  
2010. X, 289 Seiten.

ISBN 9783161504242  
fadengeheftete Broschur 64,00 €

Das Jahrzehnt zwischen der Kapitulation von 1945 und der Aufhebung des Besatzungsstatus 1955 ist das erste und zugleich besonders bedeutende der westdeutschen Polizeirechtsgeschichte. Daniell Bastian erforscht diese Dekade erstmals umfassend. Seine Untersuchung zeigt ein rechtlich stark zersplittertes Gebiet, auf dem die Besatzungsmächte mit Nachdruck versuchten, ihre Vorstellungen einer »guten deutschen Polizei« umzusetzen. Der Autor schildert im ersten Teil der Arbeit nicht nur die Eingriffe der Briten, Amerikaner und Franzosen in die Kernbereiche des formellen und materiellen Polizeirechts, sondern bezieht auch die Polizeiverordnungen, die polizeiliche Straf- und Verwarnungspraxis und die Zwangsmittel mit ein. Im Mittelpunkt des zweiten Teils steht die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern nach dem Grundgesetz, einschließlich der Grenzpolizei und des Verfassungsschutzes.

Hahn, Philip

## Die Stiftungssatzung

### Geschichte und Dogmatik

Band 65  
2010. XXX, 535 Seiten.

ISBN 9783161505546  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

In der Stiftungspraxis ist die Bedeutung der Stiftungssatzung kaum zu überschätzen: Wie das Handeln des Staates einem Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes unterliegt, so gilt für die Stiftungsorgane ein Vorrang und Vorbehalt der Stiftungssatzung. Ihre auf »ewigen« Bestand angelegte Unabänderlichkeit macht sie zu einem faszinierenden, sich allem Zeitgeistigen konsequent widersetzenen Gegenstand der Rechtswissenschaft. Philip Hahn untersucht in der vorliegenden Arbeit die Stiftungssatzung sowohl in historischer als auch dogmatischer Hinsicht: Im ersten Teil dokumentiert der Autor die Entstehungsgeschichte des 2008 in Kraft getretenen Rechtsdienstleistungsgesetzes und die vorangegangene Reformdiskussion. Zudem analysiert er, weshalb das Rechtsberatungsmisbrauchsgesetz, das seit 1935 die Rechtsberatung in Deutschland regelte und antisemitische Ziele verfolgte, nach 1945 nicht aufgehoben wurde und wie es – zwischenzeitlich in Rechtsberatungsgesetz umbenannt – bis zu seinem Außerkrafttreten im Jahr 2008 angewandt wurde.

Weber, Thomas

## Die Ordnung der Rechtsberatung in Deutschland nach 1945

### Vom Rechtsberatungsmisbrauchsgesetz zum Rechtsdienstleistungsgesetz

Band 64  
2010. XX, 405 Seiten.

ISBN 9783161498947  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Im Jahr 2007 fand ein außergewöhnlich bedeutendes rechtspolitisches Gesetzgebungsvorhaben seinen Abschluss: die Reform des Rechtsberatungsrechts. Es hat nach den Worten der damaligen Bundesjustizministerin, Brigitte Zypries, wie kaum ein anderes »im Mittelpunkt des kritischen Interesses der Öffentlichkeit gestanden«. Thomas Weber untersucht die Entstehungsgeschichte des 2008 in Kraft getretenen Rechtsdienstleistungsgesetzes und die vorangegangene Reformdiskussion. Zudem analysiert er, weshalb das Rechtsberatungsmisbrauchsgesetz, das seit 1935 die Rechtsberatung in Deutschland regelte und antisemitische Ziele verfolgte, nach 1945 nicht aufgehoben wurde und wie es – zwischenzeitlich in Rechtsberatungsgesetz umbenannt – bis zu seinem Außerkrafttreten im Jahr 2008 angewandt wurde.

Will, Martin

## Die Entstehung der Verfassung des Landes Hessen von 1946

Band 63  
2009. XXVI, 602 Seiten.

ISBN 9783161498947  
Leinen 104,00 €

Die Hessische Verfassung von 1946 gewährt als älteste in Kraft befindliche Verfassung Deutschlands wertvolle Einblicke in die Ära des staatlichen Wiederaufbaus nach dem zweiten Weltkrieg. Einerseits hat sie in vielen Punkten den Text des späteren Grundgesetzes beeinflusst, andererseits steht sie mit ihrem sozialistischen Gesellschaftsentwurf unter Einschluss weit reichender sozialer Grundrechte und der Sozialisierung ganzer Wirtschaftsbereiche aber auch in deutlichem inhaltlichen Kontrast zum Grundgesetz. Unter Auswertung vieler bisher nicht berücksichtigter Archivquellen zeigt Martin Will, dass Grundlage der Verfassung ein eher neutraler, von Walter Jellinek geprägter Vorentwurf des Vorbereitenden Verfassungsausschusses war. Seine sozialistische Prägung erhielt der Text im Verfassungsausschuss der





Verfassungberatenden Landesversammlung, in der SPD und KPD über eine Mehrheit verfügten und zugleich auf eine ihrerseits eher links stehende, von christlich-sozialen Idealen geprägte CDU trafen. Nach langen Bemühungen um eine von allen Fraktionen getragene Verfassung kam es im Verfassungsausschuss schließlich zum Zerwürfnis, woraufhin SPD und KPD ihre sozialistische Programmatik durchsetzten. In letzter Minute wurde schließlich doch noch der historische Verfassungskompromiss zwischen SPD und CDU erzielt, der die sozialistischen Weichenstellungen indes nur eingeschränkt korrigierte. Zudem führte die in nur wenigen Stunden ausgehandelte Vereinbarung zu Formelkompromissen im Verfassungstext, die bis heute – wie zuletzt im Fall der Studienbeitragsentscheidung des Hessischen Staatsgerichtshofs – die Gerichte beschäftigen.

Mertens, Bernd

## Rechtsetzung im Nationalsozialismus

Band 62  
2009. XII, 182 Seiten.  
ISBN 9783161501036  
Leinen 44,00 €

Formaler Rechtsetzung kam in der NS-Zeit eine wesentliche und in der bisherigen Forschung häufig unterschätzte Bedeutung als politisches Steuerungsmittel zu. Bei dieser Normsetzung handelte es sich jedoch nicht um parlamentarische Gesetzgebung im traditionellen Sinne, sondern um eine komplexe Gemengelage von Regierungsgesetzen, »Führererlassen«, Ministerialverordnungen und Verordnungen besonderer Gremien.

Kann man vor diesem Hintergrund von einer spezifischen Rechtsetzungstechnik, einem geordneten Weg und typischen Merkmalen der Normsetzung in der NS-Zeit reden? Wer waren die eigentlichen Entscheidungsträger bei der Rechtsetzung und welche Rolle kam der Rechtswissenschaft bei den Wandlungen der Rechtsetzungsformen zu? Bernd Mertens bietet Einsichten in die innere Funktionsweise der NS-Herrschaft aus einer Perspektive, die bislang eher im Schatten des monströsen Unrechtsstaats lag.

»Der Anhang bietet statistische Auswertungen des Reichsgesetzblatts, z.B. der vom NS-Regime neu erlassenen Gesetze, der Führer-Erlasse etc. Damit zeigt sich erneut, dass diese prägnante Arbeit stets nahe an den Quellen operiert und dass sie zu einer wohlabgewogenen Synthese eines bisher weitgehend vernachlässigten Forschungsbereichs gelangt.«

Die ungekürzte Rezension von Martin Moll finden Sie auf

<http://www.koeblergerhard.de/ZRG127Internetrezensionen2010/MertensBernd-RechtsetzungimNationalsozialismus.htm> (12/2009)

Schädler, Sarah

## 'Justizkrise' und 'Justizreform' im Nationalsozialismus

### Das Reichsjustizministerium unter Reichsjustizminister Thierack (1942–1945)

Band 61  
2009. XII, 376 Seiten.  
ISBN 9783161496752  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

Sarah Schädler befasst sich mit dem Reichsjustizministerium unter der Leitung von Reichsjustizminister Dr. Otto Georg Thierack in der Schlussphase des Nationalsozialismus.

Ihren Fokus richtet sie auf die nationalsozialistische Justizreform, die noch in den letzten Kriegsjahren zum Teil umgesetzt wurde. Hierzu wertet die Autorin zahlreiches, im Wesentlichen bisher ungedrucktes Quellenmaterial aus. Dabei wird ersichtlich, dass die nationalsozialistische Führung eine völlige Neudefinition ihrer Aufgaben anstrebte.

Neben den personellen Veränderungen im Reichsjustizministerium widmet sich die Autorin auch den größeren Gesetzesprojekten unter Thierack, insbesondere dem Entwurf des Gemeinschaftsfremdengesetzes. Dieser verdeutlicht das nationalsozialistische Ordnungssystem und ist zugleich ein wichtiger Beleg für den Konkurrenzkampf zwischen politischer Polizei und Justiz.

Das Buch wurde mit dem Werner Pünder-Preis ausgezeichnet.

Hansen, Thomas

## Martin Wolff (1872–1953)

### Ordnung und Klarheit als Rechts- und Lebensprinzip

Band 60  
2009. XII, 357 Seiten.  
ISBN 9783161498374  
fadengeheftete Broschur 64,00 €

Thomas Hansen untersucht das Leben und Werk des Juristen Martin Wolff. In Form einer biographischen Darstellung befasst er sich zunächst mit den Anfängen Wolffs in Berlin und seinen wissenschaftlichen Arbeiten bis 1914, seiner Lehrtätigkeit an den Universitäten in Marburg und Bonn bis 1921 sowie mit seiner Rückkehr nach Berlin in der Zeit bis 1933. Der Autor richtet sein Hauptaugenmerk auf Wolffs erzwungenen Abschied aus Deutschland nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten und auf seinen Neuanfang in England, unter besonderer Berücksichtigung des Lehrbuchs des Bürgerlichen Rechts sowie seines Lebensabends in Oxford bis 1953. Anschließend geht der Autor der Frage nach, ob Wolff in den Methodenstreit des frühen 20. Jahrhunderts eingeordnet werden kann. Die Begriffe Begriffsjurisprudenz, Freirechtslehre und Interessenjurisprudenz dienen dabei als Leitlinien. Im Abgleich zu Zeitgenossen Wolffs, wie etwa Philipp Heck, Justus Wilhelm Hedemann oder Friedrich Endemann wird anhand der Untersuchung des wohl bekanntesten Lehrbuchs von Wolff zum Sachenrecht ersichtlich, dass er als pragmatischer und lebensnaher Dogmatiker bezeichnet werden kann. Darüber hinaus widmet sich der Autor insbesondere anhand von Betrachtungen zum Familienrecht und unter Vergleich der Lehren Heinrich Lehmanns der These, dass Wolff Vertreter einer bürgerlichen, liberalen Gesellschaft war. Die Untersuchung zeigt, dass die Grundwerte des liberalen Staates, Freiheit und Gleichheit aller, Wolffs Zustimmung fanden und er einem – wenn auch teilweise eingeschränkten – liberalen Privatrechtsleitbild folgte.

Willing, Matthias

## »Sozialistische Wohlfahrt«

### Die staatliche Sozialfürsorge in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR (1945–1990)

Band 59  
2008. XI, 433 Seiten.

ISBN 9783161498220  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Bei der Überwindung der immensen sozialen Probleme in der Nachkriegszeit nahm die öffentliche Fürsorge eine herausragende Rolle ein. Matthias Willing skizziert erstmals die Entwicklung der staatlichen Sozialfürsorge von den primitiven Anfängen in der Sowjetischen Besatzungszone bis zum Zusammenbruch der DDR 1990 und analysiert die Transformation des sozialistischen Basisversorgungssystems in die bundesdeutsche Soziallandschaft. Dabei behandelt er die materielle und rechtliche Situation der Fürsorgeempfänger in Ost-Berlin und der DDR ebenso wie das staatlich dominierte Heimwesen. Dies schließt die Berücksichtigung der nichtstaatlichen Akteure Innere Mission, Caritas-Verband, Deutsches Rotes Kreuz und des sozialistischen Wohlfahrtsverbandes »Volkssolidarität« ein. Untersucht wird auch die Gefährdetenfürsorge der DDR und der Umgang des SED-Regimes mit so genannten »asozialen« Personen. Hinsichtlich der Sozialfürsorgeempfänger zeigt sich, dass sie im Verlauf der DDR-Geschichte zu einem völligen Randphänomen wurden und 1989 keine Rolle mehr spielten. Durch die starre Planwirtschaft und die ungünstige demografische Entwicklung herrschten teilweise katastrophale Verhältnisse bezüglich des staatlichen Heimwesens, die im Laufe der 80er Jahre etwas verbessert werden konnten. Insbesondere die konfessionellen Wohlfahrtsverbände trugen hierzu bei. Die Betrachtung der Gefährdetenfürsorge verdeutlicht, dass zunächst in beiden deutschen Staaten ähnliche autoritäre Konzepte dominierten. Während in der BRD langsam eine Liberalisierung eintrat, hielt das SED-Regime unbeirrt an einem drakonischen Strafsystem fest, das auch als Instrument gegen nonkonformistische Personengruppen benutzt wurde.

Scheffczyk, Fabian

## Der Provinzialverband der preußischen Provinz Brandenburg 1933–1945

### Regionale Leistungs- und Lenkungsverwaltung im Nationalsozialismus

Band 58  
2008. XVI, 273 Seiten.

ISBN 9783161497612  
fadengeheftete Broschur 59,00 €

Fabian Scheffczyk untersucht die Geschichte des Provinzialverbandes der preußischen Provinz Brandenburg in den Jahren von 1933 bis 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Funktion der regionalen Leistungs- und Lenkungsverwaltung im Nationalsozialismus.

Der Autor arbeitet die neuen Verwaltungszwecke heraus, die die Nationalsozialisten dem existierenden System der Verwaltung vorgaben, und richtet dabei sein Augenmerk auf die Konzeption der Leistungsverwaltung und »Daseinsvorsorge« im Sinne von Ernst Forsthoff. Ebenso untersucht er, wie sich der Provinzialverband Brandenburg in die Rolle der »Verwaltung als Leistungsträger« einfügte und wie die neuen Verwaltungszwecke mit den Mitteln der Leistungs- und Lenkungsverwaltung in die Verwaltungswirklichkeit umgesetzt wurden. Er geht auch den Fragen nach, in welcher Form der Provinzialverband bei der Erfüllung seiner Aufgaben mit den übergeordneten Behörden, staatlichen Sonderbehörden und Parteinstanzen interagierte und ob er noch als Selbstverwaltungskörperschaft anzusehen war oder ob der Provinzialverwaltung lediglich ein gewisses Maß an dezentralisierter Entscheidungsautonomie erhalten blieb. Der Autor arbeitet heraus, dass die Aufgaben der Provinzialverbände größtenteils keine Mittel der Unterdrückung und des Terrors waren. Vielmehr dienten sie der Sicherstellung der Kontrolle über einen Teil der sozialen Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung und verkörperten somit Elemente des totalitären Staates. Eine funktionierende und kooperative Leistungs- und Lenkungsverwaltung war deshalb konstitutives und stabilisierendes Element des nationalsozialistischen Herrschaftssystems.

Otto, Martin

## Von der Eigenkirche zum Volkseigenen Betrieb: Erwin Jacobi (1884–1965)

### Arbeits-, Staats- und Kirchenrecht zwischen Kaiserreich und DDR

Band 57  
2008. XVII, 453 Seiten.

ISBN 9783161495021  
Leinen 104,00 €

Martin Otto legt mit seinem Buch die erste wissenschaftliche Biographie des Arbeits-, Staats- und Kirchenrechtlers Erwin Jacobi vor. Jacobi gehörte zu den Pionieren der Arbeitsrechtswissenschaft in der Weimarer Republik. Als Staatsrechtler war er gemeinsam mit Carl Schmitt als großzügiger Interpret der Diktaturkompetenz des Reichspräsidenten bekannt geworden (»Schmitt-Jacobische Formel«). Entsprechend vertrat er 1932 gemeinsam mit Carl Schmitt die Regierung von Papen vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich im sogenannten »Preußenschlagverfahren«. Auf Jacobis Veröffentlichungen der Weimarer Zeit gehen der bis heute gebräuchliche arbeitsrechtliche Betriebsbegriff und der Terminus »Verfassungsdurchbrechung« zurück. 1933 aus rassistischen Gründen von der Universität Leipzig entfernt, gehörte er nach 1945 zu den ersten Professoren der neubegründeten Juristenfakultät. In der DDR als »fortschrittlicher Bürgerlicher« geduldet, versuchte er nach Möglichkeit, die wissenschaftliche Autonomie der Universität zu wahren, durchschaute aber immer mehr die Widersprüchlichkeiten der DDR-Wissenschaftspolitik. Aufgrund seiner Prominenz besaß er eine gewisse Autonomie, die es ihm erlaubte, auch unbequeme Dinge (Wahlrecht und Situation der Kirchen im Ostblock) anzusprechen, auch Westkontakte und – reisen waren ihm möglich. Die Bespitzelung durch die Staatssicherheit und ein teilweises Verbot von Schriften verhinderte dies nicht. Das Buch verbindet die Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland im 20. Jahrhundert mit der Wissenschaftsgeschichte der DDR.

Schmerbach, Folker

## Das »Gemeinschaftslager Hanns Kerrl« für Referendare in Jüterbog 1933–1939



Band 56  
2008. XIII, 325 Seiten.

ISBN 9783161495854  
fadengeheftete Broschur 59,00 €

Zwischen 1933 und 1939 mussten etwa 20.000 männliche Rechtsreferendare – zunächst alle preußischen, dann alle deutschen – einen Teil ihres Vorbereitungsdienstes in einem Lager der Reichswehr im südbrandenburgischen Jüterbog absolvieren, das heute unter Juristen einen von Mythen umrankten Ruf genießt. Dabei sollten sie sportlich wie ideologisch gedrillt werden. Juristische Ausbildung, vor allem in der neuen NS-Gesetzgebung, kam erst später hinzu. Schulungslager für einzelne Berufsgruppen waren in der NS-Zeit gängige Instrumente der Indoktrinierung, Disziplinierung und Auslese, die zugleich einen auf die sogenannte Volksgemeinschaft bezogenen integrierenden Anspruch hatten. Am Beispiel eines Lagers für junge Juristen analysiert Folker Schmerbach die antiintellektuellen, antiindividuellen und antibürgerlichen Elemente des Lagerlebens und geht dann der Frage nach, ob diese Einrichtung den gewünschten Erfolg erzielte. Damit schließt er eine wichtige Forschungslücke zu Funktionsweise und Wirkungsgeschichte dieses Lagers, das er in einem zweiten Schritt mit ähnlichen Einrichtungen für junge Akademiker vergleicht. Erstmals beleuchtet wird die bestimmende Rolle Roland Freislers und Otto Palandt's für die nach nationalsozialistischen Vorgaben veränderte Juristenausbildung. Auch Zeitzeugen wie Helmuth James Graf von Moltke, Kurt Georg Kiesinger und Karl Carstens kommen zu Wort: Wie erinnerten sich die Teilnehmer an ihre Zeit im Jüterboger Lager? Trifft Sebastian Häffners Einschätzung zu, das Referendarlager habe in einer »Nußschale das ganze Dritte Reich« enthalten?

Herbe, Daniel

## Hermann Weinkauff (1894–1981). Der erste Präsident des Bundesgerichtshofs

Band 55  
2008. XIX, 312 Seiten.

ISBN 9783161494611  
fadengeheftete Broschur 64,00 €

Daniel Herbe widerlegt die bisherige Annahme der rechtsgeschichtlichen Forschung, Hermann Weinkauff habe eine naturrechtliche Lehre vertreten und als Präsident des BGH eine Naturrechts-Rechtsprechung mitgetragen, und macht deutlich, dass dies nur auf Weinkauffs theoretisch entworfene Lehre zutrifft. Der Autor zeigt, dass der Protestant Weinkauff eine idealistische, theologisch »schwache« Naturrechtsansicht vertrat. Diese erwies sich als ein Konglomerat aus Teilen der katholischen Moraltheologie, aus Teilen der evangelischen, von dem Schweizer Theologen Emil Brunner vertretenen Auffassung sowie der evangelischen von Erik Wolf und anderen vertretenen Meinung und der profanen Rechtsphilosophie im Sinne der Scheler-Hartmann'schen Wertethik. Die Analyse der von Hermann Weinkauff mitgetragenen Rechtsprechung ergibt, dass tatsächlich nur in sehr wenigen Entscheidungen naturrechtliche Ausführungen zu tragenden Gründen wurden. In diesen Fällen legte das Gericht methodisch mit Hilfe von Rückgriffen auf das Naturrecht wertausfüllungsbedürftige Gesetzesbegriffe aus, um einerseits die Strafbarkeit der »Kuppelei« zu begründen und um andererseits über das geltende positive Recht hinaus zu gehen, in dem es z.B. die Strafbarkeit des Selbstmordes und des Ehebruchs schuf. Im Ergebnis zeigt sich, dass der BGH diesen Rückgriff auf das Naturrecht als Auslegungshilfe nicht im Allgemeinen, sondern nur in diesen Ausnahmentscheidungen vornahm. Hermann Weinkauff vertrat zudem die Idee der Großen Justizreform und wollte eine neue, starke, rechtsstaatliche Justiz schaffen, deren Gerichte mit einem neuen Typ Richter nach angloamerikanischem Vorbild besetzt sein sollte.

Rücker, Simone

## Rechtsberatung

### Das Rechtsberatungswesen von 1919–1945 und die Entstehung des Rechtsberatungsmisbrauchsgesetzes von 1935

Band 54  
2007. XX, 517 Seiten.

ISBN 9783161493393  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Simone Rücker gibt einen Gesamtüberblick über die Geschichte des Rechtsberatungswesens in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, der in der Entstehungsgeschichte des sogenannten Rechtsberatungsmisbrauchsgesetzes vom 13.12.1935 kulminierte. Angesichts der sich verändernden politischen Systeme analysiert sie die wirtschaftlichen, interessenpolitischen und allgemeinpolitischen Voraussetzungen des damaligen Rechtsberatungswesens. Ausgehend vom Nebeneinander anwaltlicher und nichtanwaltlicher Rechtsberatungsangebote untersucht sie die historische Entwicklung der verschiedenen Berufsstände und deren rechtlicher Grundlagen. Dabei geht sie der Frage nach, welche Bedeutung die verschiedenen nichtanwaltlichen Rechtsberatungsangebote von Einzelpersonen und Organisationen für die Versorgung der Bevölkerung mit Rechtsrat hatten, und in welchem Umfang und mit welchen Motiven die Regierungen der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Regierung in die Reglementierung der nichtanwaltlichen Rechtsberatung eingriffen. Mit Blick auf die Anwaltschaft erörtert sie die standesinterne Diskussion um die laienhafte Beraterkonkurrenz und die entsprechende Interessenpolitik der Anwaltschaft bis 1945. Mit der Untersuchung der Entstehung des Rechtsberatungsmisbrauchsgesetzes von 1935, auf dem das bis heute geltende Rechtsberatungsgesetz im Wesentlichen beruht, schließt die Autorin an die aktuelle Diskussion um die Neuordnung des Rechtsberatungswesens aus rechtshistorischer Perspektive an. Im Zuge der schon seit Jahren bestehenden Diskussion um die Notwendigkeit der Ablösung des Rechtsberatungsgesetzes spielt dessen nationalsozialistische Herkunft immer wieder eine Rolle.

Nörr, Knut Wolfgang

## Die Republik der Wirtschaft

### Recht, Wirtschaft und Staat in der Geschichte Westdeutschlands. Teil II: Von der sozial-liberalen Koalition bis zur Wiedervereinigung

Band 53  
2007. X, 303 Seiten.

ISBN 9783161494994  
Leinen 114,00 €

Knut Wolfgang Nörr präsentiert aus dem Blickwinkel der wirtschaftlichen Ordnungs- und Verfassungszusammenhänge eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland für die zwei Jahrzehnte von der sozial-liberalen Koalition bis zur Wiedervereinigung (ca. 1970–1990). Damit setzt er den ersten 1999 erschienenen Teil der *Republik der Wirtschaft* fort. An der Ambiguität des Wirtschaftssystems mit Erscheinungen der Marktwirtschaft hier und solchen der organisierten Wirtschaft dort hat die Entwicklung festgehalten; marktwirtschaftlich orientiert waren beispielsweise Novellierungen des Wettbewerbsbeschränkungsgesetzes, vor allem die Einführung der Fusionskontrolle, organisiert-wirtschaftlich hingegen besonders das Mitbestimmungsgesetz und das bestätigende Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Was die großen Entwürfe angeht, so hat die Aporie des Ordnungsbildes Soziale Marktwirtschaft eher noch zugenommen und blieb dem Keynesianismus bundesrepublikanischen Zuschnitts der dauernde Erfolg versagt. Auf die wirtschaftlichen Krisen seit der Mitte der 70er Jahre und die bald folgende Perpetuierung der Arbeitslosigkeit haben die großen Konzepte älteren und jüngeren Datums keine nachhaltige Antwort gefunden; man behalf sich sozusagen eklektisch mit der Anwendung von Instrumenten unterschiedlicher Provenienz. Soweit das Unternehmen im Blickpunkt von Gesetzgebung und Rechtsprechung stand, untersucht der Autor die hauptsächlichen Regelungen aus der Perspektive des »Eigentums« – Gesellschaftsrecht, Rechnungslegung, Kapitalmarktrecht, unternehmensbezogenes Steuerrecht – und der Beschäftigten und Gewerkschaften – also Betriebsverfassung und Mitbestimmung. Bei der Analyse sowohl der übergreifenden »Politiken« als auch der einzelnen Rechtsgebiete wird den europäischen Einwirkungen die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt.

Kauhausen, Ilka

## Nach der 'Stunde Null'

### Prinzipiendiskussionen im Privatrecht nach 1945

Band 52  
2007. XVII, 297 Seiten.

ISBN 9783161490293  
fadengeheftete Broschur 64,00 €

Nach der historischen Zäsur von 1945 stand Deutschland vor einem Neubeginn. Große Aufgaben und Probleme wurden brisant – so etwa die Neubegründung von Würde und Freiheit der einzelnen Menschen oder die Suche nach einem sozialen 'gerechten' Recht. In der Wiederbeschäftigung mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch von 1900 ließ man den Gedanken an Grundsätze und Prinzipien des Privatrechts wieder aufleben. Ilka Kauhausen geht Gegenstand und Methodik der inhaltlichen Positionen im Privatrecht von 1945 bis in die späten 70er Jahre hinein nach. Mit dem Stichwort 'Prinzip' als Schlüssel zu einer genaueren Erfassung und Beurteilung der Diskussionen wird die Landschaft der Privatrechtsdiskussionen und auch der sogenannten Naturrechtsdiskussion umfassend und genau erkundet. Die wesentlichen Protagonisten, wie etwa Helmut Coing, Karl Larenz, Hans Carl Nipperdey und Ludwig Raiser werden im Zusammenhang analysiert. Es gelingt der Autorin, wesentliche Phasen und Gruppierungen zu finden und auf den Begriff zu bringen. Dabei zeigt sie, daß bis Ende der 50er Jahre vor allem »Kulturrecht« und Menschenrechte im Vordergrund standen. Erst in den 60er Jahren setzte sich die für das Privatrecht bedeutsame Grundgesetzbeachtung durch. Als Folge wurden Prinzipienfragen mehr und mehr der Verfassungsinterpretation und dem Öffentlichen Recht überlassen – mit verhängnisvollen Folgen für die Privatrechtstheorie.

Hollstein, Thorsten

## Die Verfassung als »Allgemeiner Teil«

### Privatrechtsmethode und Privatrechtskonzeption bei Hans Carl Nipperdey (1895–1968)

Band 51  
2007. XV, 395 Seiten.

ISBN 9783161490804  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Jeder Jurist kennt Nipperdey. Das war doch dieser konservative Arbeitsrechtler, ja erste Präsident des Bundesarbeitsgericht, der auch ein wenig Zivilrecht schrieb und sich ins Verfassungsrecht einmischte – letzteres beim Bundesverfassungsgericht freilich ohne Erfolg. Thorsten Hollstein zeigt, wie wenig von dieser Bewertung zutrifft. Er untersucht die Biographie Nipperdeys, seine Methodenlehre und Rechtsphilosophie sowie seine Privatrechtskonzeption von der Weimarer Republik über die NS-Zeit bis in die Bundesrepublik. Schwerpunkt der Analyse ist jedoch nicht etwa das kollektive Arbeitsrecht – die stärkste Säule von Nipperdeys Werk – sondern das allgemeine Zivilrecht und das Wirtschafts- und Verfassungsrecht. Es zeigt sich, daß es Nipperdey seit der Weimarer Republik vor allem um die Frage nach der Freiheit ging, gestellt als Frage nach freiem oder sozialem Privatrecht. Wie Nipperdey diese Frage zwischen den Polen Freiheit und sozialer Bindung in drei unterschiedlichen politischen Systemen beantwortete, betrachtet der Autor unter Einordnung seiner Position in den jeweiligen Kontext der Zeit. Dabei bezieht er auch kardinale Rechtsprobleme wie die unmittelbare Drittwirkung der Grundrechte oder die Frage nach der Verankerung der Wirtschaftsverfassung im Grundgesetz ein. Letztlich wird deutlich, daß vor allem die Verfassung die für die Orientierung der Rechtsordnung entscheidenden Vorgaben enthielt. So wurde für Nipperdey das Grundgesetz in der Bundesrepublik zum 'Allgemeinen Teil' auch des Privatrechts.

Diese Dissertation wurde 2006 mit dem »Werner-Pünder-Preis« zum Themenkreis 'Freiheit und Totalitarismus' ausgezeichnet.

Al-Shamari, Nadia

## Die Verkehrssitte im § 242 BGB: Konzeption und Anwendung seit 1900

Band 50  
2006. XIII, 237 Seiten.

ISBN 9783161491504  
fadengeheftete Broschur 64,00 €

Nadia Al-Shamari untersucht die Verkehrssitte im § 242 BGB, in dessen amtlicher Überschrift von 2002 von »Leistung nach Treu und Glauben« die Rede ist. Der Wortlaut der Norm hat allerdings einen anderen Inhalt. Dort steht genau genommen nicht, dass sich die »Leistung« nach Treu und Glauben richtet. Geregelt ist nach dem Wortlaut vielmehr nur die Art und Weise der Bewirkung der Leistung. Auch soll sich diese nicht nur nach Treu und Glauben richten, sondern nach dem, was »Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte« erfordern. Dieser Diskrepanz – insbesondere der ursprünglichen Bedeutung des unbeachteten Tatbestandmerkmals Verkehrssitte – geht Nadia Al-Shamari nach. Dazu beschäftigt sie sich zunächst mit der Konzeption des § 242 BGB durch die Verfasser des BGB, wobei sie die besondere Funktion der Verkehrssitte und ihr Verhältnis zu Treu und Glauben herausarbeitet. Im Weiteren befasst sie sich mit der Rolle der Verkehrssitte in § 242 BGB nach 1900. Sie untersucht die Anwendung der Verkehrssitte mittels einer Gesamtauswertung wesentlicher Quellen der höchstrichterlichen Judikatur und stellt die Rolle der Verkehrssitte im § 242 BGB nach 1900 dar,



indem sie systematisch die Kommentarliteratur analysiert und anhand einzelner Entscheidungen überprüft, ob das Merkmal der Verkehrssitte in der Rechtspraxis seiner ursprünglichen Konzeption entsprechend angewendet worden ist.

Keiser, Thorsten

## Eigentumsrecht in Nationalsozialismus und Fascismo

Band 49  
2005. IX, 266 Seiten.

ISBN 9783161487576  
Leinen 99,00 €

Thorsten Keiser beschäftigt sich in vergleichender Perspektive mit der Suche deutscher und italienischer Juristen nach einer regimiekonformen Eigentumsgestaltung während der Diktaturen. Diese sollte eine Vermittlung zwischen autoritär definierter »sozialer« Bindung und der Nutzung wirtschaftsfördernder Potentiale privatnützigen Eigentums darstellen. Der Autor zeigt, wie sich trotz einer gemeinsamen, durch politischen Antiliberalismus und methodischen Antiformalismus konstituierten Ausgangsbasis, in Nationalsozialismus und Fascismo unterschiedliche Ansätze herausbilden konnten: einerseits eine radikal antipositivistische Richtung unter dem Einfluß Carl Schmitts in Deutschland, andererseits eine strukturelle Rückkehr zum hergebrachten Muster der liberalen Kodifikation in Italien, die lediglich durch funktionale Korrekturen abgefangen werden sollte. Erklärt wird dieses Ergebnis mit in Deutschland und Italien unterschiedlichen Ausformungen einer antibürgerliche Impulse umfassenden Kritik am sogenannten »juristischen Formalismus«, die wiederum auf verschiedene Gewichtungen von Staat und Volksgemeinschaft als integrative, mit mythischen Tiefenschichten korrespondierende Bezugspunkte der nationalsozialistischen bzw. faschistischen Rechtsordnung zurückzuführen sind. Diese Dissertation wurde mit dem »Werner-Pünder-Preis« der Vereinigung der Freunde der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität ausgezeichnet.

Kaiser, Christian

## Kündigungsschutz ohne Prinzip

### Der Weimarer Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes und seine Bezüge zum heutigen Recht

Band 47  
2005. XV, 401 Seiten.

ISBN 9783161486111  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Christian Kaiser untersucht den Weimarer Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes unter historischer, dogmatischer und prinzipieller Fragestellung. Im ersten Teil, einer intensiven Bestandsaufnahme des für den Entwurf verantwortlichen Arbeitsrechtsausschusses (u.a. Sinzheimer, Potthoff, Oertmann und Titze), zeigt sich, dass dieser sich hauptsächlich aus den arbeitsrechtlichen Eliten des Kaiserreichs rekrutierte. Im zweiten Teil zeichnet der Autor anhand umfangreicher ungedruckter Quellen den Verlauf der Beratungen über den – Pars pro toto – herausgegriffenen Kündigungsschutz nach, ein Rechtsgebiet, das zu den wichtigsten und bis heute umstrittensten Elementen des Arbeitsrechts gehört. Dabei ergibt sich, dass die Beratungen trotz der rechtswissenschaftlich hochkarätigen Besetzung des Ausschusses durch die Austragung wirtschaftlicher Interessengegensätze geprägt waren. Dagegen blieb die dogmatische Qualität der Debatten auffallend gering. Der dritte Teil wendet sich mit einer Grundsatzanalyse auf die Prinzipienfrage »Nur Schutz oder auch Freiheit?« dem Entwurfstext selbst zu. Es zeigt sich, dass die Bestimmungen über den Kündigungsschutz das vom Bürgerlichen Gesetzbuch vorgezeichnete Prinzip Freiheit nicht konsequent aufgegriffen und so den Boden des Privatrechts zugunsten eines prinzipienlosen und damit beliebigen Schutzes der Arbeitnehmer verlassen haben.

Blanke, Sandro

## Soziales Recht oder kollektive Privatautonomie?

### Hugo Sinzheimer im Kontext nach 1900

Band 46  
2005. XII, 238 Seiten.

ISBN 9783161486296  
fadengeheftete Broschur 54,00 €

Hugo Sinzheimer gilt als einer der Väter des deutschen Arbeitsrechts. Tatsächlich beruht das Grundgerüst der aktuellen Tarifrechtsdogmatik wesentlich auf den Arbeiten Sinzheimers. Aber so selbstverständlich die heutige Arbeitsrechtsdogmatik mit dem von Sinzheimer geschaffenen juristischen Instrumentarium hantiert, so wenig Einheitlichkeit herrscht hinsichtlich der Bewertung seiner theoretischen und methodischen Grundannahmen, auf denen seine arbeitsrechtlichen Schriften fußen. Sandro Blanke schließt diese Lücke, indem er Sinzheimers arbeitsrechtliches Werk im Kontext seiner sonstigen Arbeiten zur Rechtspolitik, Rechtsphilosophie und Rechtssoziologie auswertet. Damit wird dokumentiert, in welchen Schritten, vor welchem methodischen Hintergrund und in Auseinandersetzung mit welchen dogmatischen und theoretischen Überlegungen das so erfolgreiche juristische Novum Tarifvertrag entstand. Der Autor zeigt, dass Sinzheimers theoretische Grundannahmen – und daraus folgend, seine praktischen juristisch-dogmatischen Vorschläge – sich nicht nur klar von denen der übrigen Vertreter der sich in Weimar etablierenden Arbeitsrechtswissenschaft unterscheiden; auch markante Unterschiede Sinzheimers zu seinen berühmten Schülern Franz Neumann, Ernst Fraenkel und Otto Kahn-Freund lassen sich belegen.

Eisfeld, Jens

## Die Scheinehe in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert

Band 45  
2005. XIII, 294 Seiten.

ISBN 9783161485893  
fadengeheftete Broschur 59,00 €

Jens Eisfeld wendet sich grundsätzlich gegen eine »eheschließungsrechtliche« Lösung des Scheineheproblems, also gegen ein Eehendernis der Scheinehe, das sowohl eine Weigerungspflicht des Standesbeamten begründet, als auch eine nachträgliche Auflösung der bereits geschlossenen Ehe ermöglicht.

Er legt eine dezidiert rechtshistorische Untersuchung der Geschichte der Scheinehe im 19. und 20. Jahrhundert vor, die sowohl rechtspolitische, als auch rechtsdogmatische Argumente gegen den bestehenden Eheaufhebungsgrund der Scheinehe (§ 1314 Abs. 2 Nr. 5 BGB) liefert, der seit 1998 geltendes Recht ist.

Einen Schwerpunkt der rechtshistorischen Analyse stellt die Zeit des »Dritten Reichs« dar. Die Nationalsozialisten normierten erstmals Eehendernisse der Scheinehe, die einen wesentlichen Beitrag zu der Begründung eines »völkischen« Ehrechts

leisten konnten: Ein Ehehindernis der Scheinehe relativiert das »formale Konsensprinzip« und öffnet das Eheschließungsrecht für staatliche Zwecksetzungen. Auch nach 1945 ermöglichte vor allem ein ungeschriebenes Ehehindernis der Aufenthaltsehe die Beeinflussung des Eheschließungsrechts durch rechts-, insbesondere ausländerpolitische Erwägungen. Im Hinblick auf § 1314 Abs. 2 Nr. 5 BGB ist die eheschließungsrechtliche Lösung des Scheineheproblems zudem verfassungswidrig, da sie gegenüber anderen Möglichkeiten des Vorgehens gegen Scheinehen, welche die Ehe in ihrem Bestand unberührt lassen, unverhältnismäßig erscheint.

Wegerich, Christine

## Die Flucht in die Grenzenlosigkeit

Justus Wilhelm Hedemann (1878–1963)

Band 44  
2004. XVI, 256 Seiten.

ISBN 9783161484162  
fadengeheftete Broschur 59,00 €

Untersuchungen mit biographischem Ansatz ermöglichen einen ganz besonderen Zugang zur Rechtsgeschichte. Denn aus der rechtshistorischen Perspektive sind alle Situationen mit Handlungs- und Orientierungsbedarf wie zum Beispiel persönliche und historische Großereignisse oder Krisen von besonderem Forschungsinteresse. Justus Wilhelm Hedemann bietet sich als Untersuchungsgegenstand schon allein wegen seiner Lebenszeit an: Geboren 1878, gestorben 1963, erlebte er das wilhelminische Kaiserreich, die Weimarer Republik, das Dritte Reich und die Anfangsjahre der Bundesrepublik. Durch alle Epochen hindurch war er als Jurist tätig. Neben der Darstellung von Leben und Werk analysiert Christine Wegerich Hedemanns Rechtswissenschaft und bestimmt seinen juristischen Ansatz als »Denktyp«. Es zeigt sich, daß dieser »Denktyp« typisch für seine Zeit war und es Hedemann ermöglichte, die erstaunliche Anpassung an die verschiedenen politischen Systeme zu vollziehen.

Murach-Brand, Lisa

## Antitrust auf deutsch

Der Einfluß der amerikanischen Alliierten auf das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) nach 1945

Band 43  
2004. XIII, 403 Seiten.

ISBN 9783161482793  
Leinen 104,00 €

Der Einfluß der amerikanischen Besatzungsmacht auf die Entstehung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist die Geschichte eines weitreichenden Konfliktes unterschiedlicher Ideologien. Das amerikanische Antitrustrecht traf nach 1945 in Deutschland auf die kontinentaleuropäische Kartellrechtstradition. Die alliierte Kartellpolitik der USA wurde eng mit der Frage nach deutscher Souveränität und deutschem Wirtschaftssystem verknüpft. Gleichzeitig gibt es einen Zusammenhang zwischen deutscher und europäischer Kartellpolitik. Beide wurden als gemeinsames Konzept von übereinstimmenden Entscheidungsträgern geschaffen. Wirtschaftliche, rechtliche und politische Erwägungen flossen wie in kaum einem anderen Rechtsgebiet zusammen. Lisa Murach-Brand untersucht an Hand von teilweise bisher noch unveröffentlichten Quellen aus den Bundesarchiven in Koblenz, London und Washington D.C., wie Menschen und Mächte auf die Entstehung des GWB eingewirkt haben.

Willing, Matthias

## Das Bewahrungsgesetz (1918–1967)

Eine rechtshistorische Studie zur Geschichte der deutschen Fürsorge

Band 42  
2003. XII, 447 Seiten.

ISBN 9783161482045  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

Matthias Willing untersucht die Bemühungen von öffentlicher und privater Fürsorge in Deutschland, ein Bewahrungsgesetz' zu schaffen. Mit diesem Gesetz sollten Randgruppen der Gesellschaft, die vielfach als Asoziale' diskriminiert wurden, zwangsweise in geschlossenen Fürsorgeanstalten untergebracht und zu geregelter Arbeit angehalten werden können. Nachdem in der Weimarer Republik zahlreiche Initiativen zu seiner Verwirklichung gescheitert waren, versuchten die Fachkreise der Gefährdetenfürsorge erfolglos eine repressivere Variante des Bewahrungsgesetzes im Nationalsozialismus durchzusetzen. Sofort nach dem zweiten Weltkrieg verfolgte man die Bewahrungsidee in den Westzonen und der Bundesrepublik weiter. Diese Bemühungen wurden schließlich 1961 mit der Aufnahme einer Zwangsbewahrungsmöglichkeit im Bundessozialhilfegesetz (§ 73 Abs. 2 BSHG) von Erfolg gekrönt. Erst 1967 erklärte das Bundesverfassungsgericht die zwangsweise Unterbringung gefährdeter Personen in geschlossenen Anstalten grundsätzlich für verfassungswidrig.

Die rechtshistorische Analyse des Autors zeichnet diesen rund 50 Jahre umfassenden Prozeß nach, beleuchtet Konzeptionen und Motive führender Persönlichkeiten der Fürsorge und zeigt gedankliche und personelle Kontinuitäten von der Weimarer Republik über den Nationalsozialismus in die Bundesrepublik der 60er Jahre auf. Indem auch die politischen Parteien und weitere Akteure außerhalb der Gefährdetenfürsorge (z. B. Frauenbewegung, Psychiater) in ihren Bemühungen für das Bewahrungsgesetz mit einbezogen werden, entsteht ein facettenreiches Gesamtbild. Es läßt erkennen, daß die autoritären Gedanken des Bewahrungsgesetzes im Untersuchungszeitraum breite Akzeptanz in der Gesellschaft besaßen.



Naas, Stefan

## Die Entstehung des Preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes von 1931

Ein Beitrag zur Geschichte des Polizeirechts in der Weimarer Republik

Band 41  
2003. XI, 395 Seiten.

ISBN 9783161481208  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Am 12. Mai 1931 verabschiedete der Preußische Landtag ein neues Polizeigesetz. Dieses Preußische Polizeiverwaltungsgesetz von 1931 (PVG) galt nach 1945 fort und wurde zum Modell der heutigen Polizeigesetze. Es stand bisher vor allem für die Kontinuität des rechtsstaatlichen deutschen Polizeirechts. Das PVG enthielt grundlegende Prinzipien des materiellen Polizeirechts, die sich noch heute im geltenden Polizeirecht wiederfinden: die Generalmächtigung zur Gefahrenabwehr, das Übermaßverbot, die Definition der polizeipflichtigen Personen und des polizeilichen Notstandes sowie das Opportunitätsprinzip. Tatsächlich aber war das PVG vor allem ein Reformgesetz. Anhand bisher unausgewerteter Archivbestände rekonstruiert Stefan Naas die Geschichte der Entstehung des Gesetzes. Er belegt, daß das PVG auf den Präsidenten des Preußischen Oberverwaltungsgerichts Bill Drews zurückgeht, der es als Reformgesetz bereits Anfang der zwanziger Jahre konzipiert und ausgearbeitet hatte. Womit Drews am Anfang der Republik scheiterte, wurde schließlich realisiert. Das PVG schloß die seit 1918 laufenden organisatorischen Veränderungen der Polizei ab. Es vereinheitlichte, effektiverte und modernisierte polizeiliches Handeln und wurde so zu Recht ein wesentlicher Baustein für das moderne deutsche Verwaltungsrecht.

Utz, Friedemann

## Preuße, Protestant, Pragmatiker

Der Staatssekretär Walter Strauß und sein Staat

Band 40  
2003. XVI, 545 Seiten.

ISBN 9783161481062  
fadengeheftete Broschur 99,00 €

Friedemann Utz untersucht die Beiträge des Juristen Walter Strauß (1900–1976) zur Rechtsentwicklung der frühen Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund seines persönlichen Werdegangs. Als Sohn jüdischer Eltern in Berlin geboren, wurde Strauß 1935 aus dem Reichsministerialdienst entlassen. Er überlebte den Nationalsozialismus in Berlin und wurde Gründungsmitglied der CDU. Strauß bekleidete in der Besatzungszeit wichtige Ämter, war Abgeordneter des Parlamentarischen Rates und leistete bedeutende redaktionelle Beiträge zum Bonner Grundgesetz. Mit seinem langjährigen Wirken als Staatssekretär im Bundesjustizministerium rückten wichtige Entscheidungsvorgänge in der frühen Bundesrepublik ins Blickfeld der Untersuchung. Walter Strauß hat hier Erhebliches zum Staatsaufbau und zur schon in der Besatzungszeit begonnenen rechtspolitischen Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft beigetragen, wohingegen seine Bestrebungen, christlich-konservative gesellschaftspolitische Vorstellungen gesetzlich abzusichern, die Adenauerjahre nicht überdauert haben. Die Vielfalt der von Walter Strauß beeinflussten Rechtsgebiete bringt es mit sich, daß der Band Neues zur Rechtsgeschichte der Nachkriegszeit und der ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik aufzeigt.

Hilger, Christian

## Rechtsstaatsbegriffe im Dritten Reich

Eine Strukturanalyse

Band 39  
2003. XIV, 249 Seiten.

ISBN 9783161480577  
fadengeheftete Broschur 59,00 €

Die rechtswissenschaftliche Literatur der Anfangsphase des Dritten Reiches kritisierte die überkommenen Rechtsstaatsbegriffe der deutschen Verfassungsstaaten des 19. und 20. Jahrhunderts und ebnete sie zum negativen und beinahe homogenen Zerrbild des »bürgerlich-liberalen« Rechtsstaatsbegriffs ein. Dennoch verstummte die Rede vom Rechtsstaat nicht. Christian Hilger stellt dar, welche Argumente für und gegen die Weiterverwendung des Ausdrucks »Rechtsstaat« angeführt wurden und analysiert im Hauptteil seiner Untersuchung neugebildete Rechtsstaatsbegriffe teils relativ unbekannter, teils bekannter Autoren wie z.B. Otto Koellreutter, Carl Schmitt und Julius Binder. Die Begriffe werden abschließend im Hinblick auf gemeinsame Inhalte, mögliche Funktionen sowie erkenntnistheoretische und politisch-philosophische Ausgangspunkte kategorisiert.

Urban, Nikolaus

## Die Diätenfrage

Zum Abgeordnetenbild in Staatsrechtslehre und Politik 1900–1933

Band 38  
2003. XI, 222 Seiten.

ISBN 9783161479861  
fadengeheftete Broschur 59,00 €

Nikolaus Urban untersucht die Art und Weise, in der Staatsrechtslehre und Politik im späten Kaiserreich und in der Weimarer Republik auf die veränderten Bedingungen reagiert haben, unter denen die parlamentarische Gestaltung einer seit der Reichsgründung fundamentalpolitisierten und industriell revolutionierten Gesellschaft erfolgen mußte. Ausgehend von der Diätenfrage geht er dem Wandel des Abgeordnetenbildes nach, der sich im Zuge der Professionalisierung auch von Politik und Mandat im Untersuchungszeitraum vollzogen hat, dem aber zugleich nicht allein aus den Reihen der Staatsrechtslehre erheblicher Widerstand entgegengesetzt wurde. Die Diskrepanzen, die zwischen den Abgeordnetenbildern der Zeit und der Parlamentarisierung und Demokratisierung des Deutschen Reichs aufgezeigt werden, bilden den Hintergrund der Schwierigkeiten, die noch die Verfasser des Grundgesetzes mit dem Gedanken von der »Politik als Beruf« hatten.



Distel, Joachim

## Die Errichtung des westdeutschen Zentralbanksystems mit der Bank deutscher Länder

Band 37  
2003. XVIII, 254 Seiten.

ISBN 9783161480812  
Leinen 94,00 €

Joachim Distel stellt die Grundlagen der Reorganisation der Deutschen Reichsbank nach dem zweiten Weltkrieg dar. Zunächst untersucht er die unterschiedlichen Vorstellungen der Besatzungsmächte über die Dezentralisierung der Notenbank. So wurde in der amerikanischen Zone bereits im Jahr 1946 die gesetzestechnische Umsetzung der Dekonzentration durch die Errichtung von Landeszentralbanken vorbereitet, wohingegen in der britischen Zone zunächst das bisherige zentralisierte System fortgeführt wurde. Ein Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf der Darstellung der anschließenden Entwicklung zu einem einheitlichen Zentralbanksystem in den Westzonen, das mit der Bank deutscher Länder Anfang des Jahres 1948 verwirklicht wurde. Dabei geht der Autor auch auf die Beteiligung von deutschen Stellen ein, denen im wesentlichen oft nur eine begleitende Rolle zukam. Den Schluß des Werkes bildet die Behandlung der Liquidation der Deutschen Reichsbank, die nach der Errichtung des Zentralbanksystems als Hülle zurückgeblieben war.

Mikesic, Ivana

## Sozialrecht als wissenschaftliche Disziplin

### Die Anfänge 1918–1933

Band 36  
2002. XIII, 222 Seiten.

ISBN 9783161478666  
fadengeheftete Broschur 59,00 €

Ivana Mikešić setzt sich mit den Konstitutiven der Weiterentwicklung und Spezialisierung des öffentlichen Rechts im Deutschland der Weimarer Republik auseinander. Vor dem Hintergrund des nach dem Ersten Weltkrieg in der deutschen Staatsrechtslehre entbrannten Positivismusstreits zeigt die Autorin auf, wie die neuen, verstärkt interventiven Disziplinen des Verwaltungsrechts, allen voran das Sozialrecht, aber auch das Arbeits-, Steuer- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, altgewohnte Sichtweisen auf Struktur und Charakter des gesamten Rechtssystems aufbrachen. Die Anfänge des Sozialrechts als eigenständige wissenschaftliche Disziplin werden exemplarisch untersucht. Dazu arbeitet die Autorin die Biographien und die Werke der entscheidenden Protagonisten des frühen Sozialrechts auf. Hier sind vor allem der Pionier Heinrich Rosin, die Leipziger Systematiker Erwin Jacobi und Lutz Richter und der Berliner Pragmatiker Walter Kaskel zu nennen. Auch die institutionelle Absicherung der neuen juristischen Disziplin an Universitäten und speziellen Forschungseinrichtungen wird in die Betrachtung einbezogen. Anhand einer Analyse der zentralen wissenschaftlichen Diskurse, die im Untersuchungszeitraum geführt wurden, läßt sich die Verfaßtheit des Sozialrechts in seinen wissenschaftlichen Anfängen am prägnantesten greifen. Vor allem sie erlaubt wissenschaftstheoretische Rückschlüsse auf die Bedingungen der Konstituierung neuer Wissensgebiete.

Wagner-Kern, Michael

## Staat und Namensänderung

### Die öffentlich-rechtliche Namensänderung in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert

Band 35  
2002. XVII, 459 Seiten.

ISBN 9783161477188  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Bis heute gilt das 'Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen' (NamÄndG) – abgesehen von geringfügigen Abweichungen – in der am 5. Januar 1938 auf der Grundlage des Ermächtigungsgesetzes verabschiedeten Fassung. Das NamÄndG bestimmt die Grundvoraussetzungen, unter denen natürliche Personen ihren Namen außerhalb der im BGB geregelten Möglichkeiten zum Namenswechsel mit staatlicher Genehmigung ändern können. Als öffentlich-rechtlicher Teil des bundesrepublikanischen Namensänderungsrechts wird das NamÄndG bis heute als notwendiger Bestandteil der Rechtsordnung und daher gerade nicht als nationalsozialistisch geprägtes (Un-)Recht angesehen. Michael Wagner-Kern greift diese 'Unbedenklichkeitsthese' auf und zeichnet mittels einer rechtshistorischen Rekonstruktion die Entstehungsgründe für ein Namensänderungsrecht in Deutschland nach. Die historischen Befunde, gestützt auf eine Auswertung archivalischer Quellen, korrigieren herrschende Vorstellungen: Bei der Schaffung des NamÄndG ging es dem NS-Gesetzgeber einzig um die Konstruktion einer Rechtsgrundlage zur 'namentlichen Ausgrenzung' der jüdischen Bevölkerung. Struktur und Interpretation des öffentlich-rechtlichen Namensänderungsrechts stehen bis heute in der Tradition eines restriktiven Grundverständnisses, das jede Namensänderung als Ausnahme von dem Prinzip der kontinuierlichen Namensführung begreift. Diese Sichtweise erklärt sich aus dem bisherigen Verzicht, die Entstehungsgeschichte des NamÄndG umfassend zu rekonstruieren. Kontinuitätsphänomene prägen sowohl die Struktur des bundesrepublikanischen Namensänderungsrechts als auch dessen Bild in Literatur und Rechtsprechung. Daraus leitet sich die Forderung nach einer grundlegenden Reform des (Reichs-)NamÄndG ab, das gegenwärtig verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht genügt.

Depping, Andre

## Das BGB als Durchgangspunkt

### Privatrechtsmethode und Privatrechtsleitbilder bei Heinrich Lehmann (1876–1963)



Band 34  
2002. XVI, 356 Seiten.

ISBN 9783161477058  
Leinen 94,00 €

André Depping geht den ungewöhnlichen Weg, sich den Veränderungen des Privatrechts im 20. Jahrhundert anhand der Biographie und des Werkes einer einzelnen Person zu nähern. Sein Vorhaben basiert auf der Überlegung, daß sich Kontinuitäten und Zäsuren an einzelnen Personen besonders gut ermitteln lassen. Der Zivilrechtsprofessor Heinrich Lehmann bietet sich dafür aus verschiedenen Gründen an: Er war in allen vier politischen Systemen im Deutschland des 20. Jahrhunderts aktiv und genoß Autorität, äußerte sich stets zu aktuellen Problemen und Zeitströmungen und nahm diese, nicht selten auch opportunistisch, auf. Eine deutliche Sprache sprechen dabei etwa die gezielten Änderungen in den jeweiligen Auflagen seiner Lehrbücher.

André Depping stellt die Weiterentwicklung des BGB von 1900 und Lehmanns Abkehr von dem von ihm als 'Durchgangspunkt' bezeichneten Gesetzbuch in den Vordergrund seiner Untersuchung und beschäftigt sich auch eingehend mit Lehmanns Rolle während des Nationalsozialismus. Er geht den Fragen nach, was einen etablierten christlich-konservativen Privatrechtler zur Mitarbeit an nationalsozialistischen Rechtsreformen bewegen konnte und vor welche Schwierigkeiten sich eine Neuorientierung nach 1945 gestellt sah. Abgerundet wird die Arbeit durch ein Werkverzeichnis und einen Anhang mit einem bisher unveröffentlichten Entwurf Lehmanns zu den Grundregeln des Volksgesetzbuches von 1942.

Emmert, Jochen

## Auf der Suche nach den Grenzen vertraglicher Leistungspflichten

Band 32  
2001. XIII, 477 Seiten.

ISBN 9783161476631  
Broschur 79,00 €

Mit dem ersten Weltkrieg brach die Geschichte in das Vertragsrecht ein. Die Gerichte waren in einer epidemischen Vielzahl von Fällen aufgerufen, der vertraglichen Verpflichtung dort Grenzen zu ziehen, wo Gesetzgeber und Vertragsparteien nicht handeln konnten oder wollten. Jochen Emmert begleitet den Weg dieser Entwicklung und beleuchtet ihre geschichtlichen und rechtstheoretischen Hintergründe.

Seit Beginn des Ersten Weltkriegs mußte sich das Reichsgericht verstärkt mit Fällen von Leistungsstörungen befassen. Als der Krieg verloren war und die Inflation voranschritt, wuchs die Zahl der Fälle zu einer Epidemie an, und die Situation beruhigte sich erst ab 1923 wieder. Jochen Emmert zeigt in seiner Untersuchung die Folgen dieses Einbruchs der Geschichte in das Vertragsrecht auf. Er nimmt dabei Bezug auf die Unmöglichkeitstheorie, die Wertvorstellungen, Rechtsideen und deren Umsetzung sowie die Analyse wegweisender Fälle der Krisenjahre. Das Reichsgericht entfernte sich in diesen bewegten Jahren von dem gesetzlichen Leitbild einer buchstäblich bis zu den Grenzen des Möglichen reichenden Leistungsverpflichtung und entwickelte jene Rechtsfiguren, die bei der anvisierten Reform des BGB unter den amtlichen Überschriften 'Grenzen der Leistungspflicht' und 'Störung der Geschäftsgrundlage' nunmehr ausdrücklich die Weihen des Gesetzgebers erhalten sollen.

Mohr, Philipp C.

## Kein Recht zur Einmischung?

### Die politische und völkerrechtliche Reaktion Grossbritanniens auf Hitlers 'Machtergreifung' und die einsetzende Judenverfolgung

Band 31  
2002. XVI, 405 Seiten.

ISBN 9783161476105  
Leinen 109,00 €

In den Jahren 1933 und 1934 sind entscheidende Weichen für die Reaktion der Völkerrechtsgemeinschaft auf Hitler und das nationalsozialistische Deutschland gestellt worden. Am Beispiel Großbritanniens beantwortet Philipp Caspar Mohr die Frage, wie der bedeutendste Garant der europäischen Friedensordnung nach dem Ersten Weltkrieg und der Verträge von Versailles und Locarno politisch und völkerrechtlich auf die 'Machtergreifung' der Nationalsozialisten reagierte. Der Autor setzt sich mit einem hochinteressanten und wichtigen Stück völkerrechtlicher Zeitgeschichte auseinander. Die Frage, wie die organisierte Völkerrechtsgemeinschaft und die sie tragenden europäischen Großmächte auf die Diskriminierung bestimmter Menschengruppen reagiert oder nicht reagiert haben, ist bis heute aktuell geblieben. Philipp Caspar Mohr analysiert eine Vielzahl bislang unveröffentlichter Dokumente aus dem Foreign Office, dem Auswärtigen Amt und privaten Unterlagen, z. B. der britischen Botschafter in Berlin. Unter Berücksichtigung der Meinungsbildung in der britischen Regierung, im Parlament und in der Presse arbeitet er heraus, wie Großbritannien auf die Ereignisse im Deutschen Reich reagierte. Dabei wird das damals in Lehre und Praxis vertretene Völkerrecht in kritischer Rückschau ausgebreitet. Insbesondere setzt er sich auseinander mit dem Rechtsinstitut der 'humanitären Intervention', dem Minderheitenrecht der Zwischenkriegszeit und mit den Diskussionen im Völkerbundrat über die deutsche Judenpolitik aufgrund einer Minderheitenbeschwerde aus Oberschlesien.

Grohmann, Marc

## Exotische Verfassung

### Die Kompetenzen des Reichstags für die deutschen Kolonien in Gesetzgebung und Staatsrechtswissenschaft des Kaiserreichs (1884-1914)

Band 30  
2001. XVI, 324 Seiten.

ISBN 9783161475320  
Leinen 99,00 €

Wie wurden im Kaiserreich die Kompetenzen des Reichstags für die Kolonien in der Gesetzgebung gestaltet und von der Staatsrechtslehre reflektiert? Wie verhält sich diese besondere Kompetenzordnung zur Reichsverfassung? Marc Grohmann untersucht die koloniale Kompetenzordnung, die 1886 durch ein parlamentarisches Ermächtigungsgesetz auf den Kaiser ausgerichtet wurde. Nach der Jahrhundertwende setzten Versuche ein, die monarchisch-bürokratische Regierung der Kolonien einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen.

Warum wurden die Kolonien in Afrika, China und der Südsee anders behandelt als das Reich selbst? Lassen sich aus der Exotisierung der kolonialen Kompetenzordnung durch Regierungsbeamte, Parlamentarier und Rechtswissenschaftler Rückschlüsse auf die Aussichten einer Parlamentarisierung des Reichs und auf das zeitgenössische Denken über Parlament und Kaisertum ziehen? Marc Grohmann geht diesen Fragen nach und berücksichtigt dabei auch die anderen europäischen



Kolonialmächte und das 'Reichsland' Elsaß-Lothringen. Er wertet Archivmaterial aus, analysiert die zeitgenössische juristische Literatur eingehend und zeichnet Entstehung, Legitimation und Entwicklung der 'exotischen Verfassung' nach. Diese Analyse des Sonderfalls 'Kolonien' unterstützt neuere Bewertungen des Kaiserreichs, die von einer relativen Offenheit der Verfassungsentwicklung ausgehen.

Schoppmeyer, Heinrich

## Juristische Methode als Lebensaufgabe

### Leben, Werk und Wirkungsgeschichte Philipp Hecks

Band 29  
2001. XX, 326 Seiten.

ISBN 9783161475177  
Leinen 104,00 €

Philipp Heck (1858–1943) ist einer der bedeutendsten juristischen Methodenlehrer des 20. Jahrhunderts. Die von ihm entwickelte Interessenjurisprudenz enthält bis heute gültige Einsichten für die Arbeit jedes Juristen. Vor allem die heute herrschende Wertungsjurisprudenz stützt sich in vielerlei Hinsicht auf Hecks Gedanken. Heinrich Schoppmeyer schildert Hecks Herkunft und Werdegang, die vielfältigen Entwicklungen seiner Methodenpositionen und die Kontroversen, in die er in drei verschiedenen Verfassungsordnungen verstrickt war. Ausgehend von Hecks Biographie zeigt er die Ursachen, die zur Entwicklung der Methode bei Heck geführt haben. Dabei erörtert er das System der Interessenjurisprudenz und die philosophischen und rechtsphilosophischen Bezüge eingehend. Anschließend stellt der Autor den Methodenstreit im Nationalsozialismus dar und öffnet damit den Blick für Diskussionsprozesse in totalitären Systemen. Die weithin vernachlässigte Auseinandersetzung um die Interessenjurisprudenz bietet zahlreiche Einsichten in die Bedeutung der juristischen Methodenprobleme, auch in einer staatsrechtlichen Normallage. In der Nachkriegszeit ist die Wirkungsgeschichte der Interessenjurisprudenz durch eine über den Untergang des Dritten Reiches hinausweisende Strategie des Verschweigens und Verdrängens eines unliebsamen Gegners gekennzeichnet. Eine jüngere Generation versuchte, die Lehren Hecks gegen das Verschweigen erneut zur Geltung zu bringen. Die große Bedeutung der klaren, in sich geschlossenen Methodenlehre verblaßte jedoch für Jahrzehnte. Die gegenwärtige Bedeutung der Methode Hecks beruht insbesondere darauf, daß Heck als einer der ersten erkannte, daß zentrale Methodenfragen – gerade in einem liberalen Verfassungsstaat – Fragen von Verfassungsrang sind. Heinrich Schoppmeyer zeigt anhand einzelner Punkte, welchen Ertrag Hecks Lehre auch heute noch verspricht.

Nörr, Knut Wolfgang

## Die Republik der Wirtschaft

### Recht, Wirtschaft und Staat in der Geschichte Westdeutschlands. Teil I: Von der Besatzungszeit zur Grossen Koalition

Band 25  
1999. X, 269 Seiten.

ISBN 9783161472138  
Leinen 104,00 €

Knut Wolfgang Nörr entwirft eine Rechtsgeschichte der Bundesrepublik aus dem Blickwinkel der wirtschaftlichen Ordnungs- und Verfassungszusammenhänge von den Anfängen bis zur Großen Koalition. Dabei treten Entwicklungsprozesse in den Vordergrund, die bis in die unmittelbare Gegenwart weiterwirken. Ausgehend vom Begriff der Wirtschaftsverfassung der Weimarer Periode zeigt er die Herausbildung einer 'zweispurigen' Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik zwischen Weimarer Tradition und neuem ordoliberalen Denken, die durch den konsensstiftenden weiten Begriff der Sozialen Marktwirtschaft stabilisiert wurde. Er analysiert die Entstehungsgeschichte verschiedener konstitutiver Gesetze, die für das Erscheinungsbild der Bundesrepublik als Wirtschaftsordnung entscheidend sind. Dabei wird die stete Wiederkehr grundsätzlicher Fragen der Wirtschaftsverfassung sichtbar. Das fundamentale, gleichwohl ungelöste Problem der wirtschaftlichen Macht bleibt immer präsent. Am Beispiel der Mitbestimmung zeigt der Autor, wie die Gewerkschaften ihre Wirtschaftskonzeption nicht im Rahmen der Staatsorganisation umsetzen konnten, sondern sich auf die Ebenen des Betriebs und Unternehmens beschränken mußten. Ferner analysiert er die Entstehungsgeschichte der unabhängigen Bundesbank. In einem Kapitel über die Konzentrationsdebatte wird deutlich, daß der Staat die Konzentration einerseits unter dem Aspekt der Mittelstandspolitik eindämmte, ihr jedoch auf der anderen Seite aus verschiedenen Gründen nicht ablehnend gegenüberstand. Abschließend schildert er unter finanzierungs- und eigentumpolitischen Aspekten die Aktienrechtsreform von 1965 und demonstriert, wie der Schutz des Aktionärs im neuen Konzernrecht zugleich die Konzernbildung legitimierte.

Becker, Lothar

## Schritte auf einer abschüssigen Bahn

### Das Archiv des öffentlichen Rechts (AÖR) im Dritten Reich

Band 24  
1999. XI, 268 Seiten.

ISBN 9783161472121  
Broschur 59,00 €

Das *Archiv des öffentlichen Rechts* versteht sich seit seiner Gründung im Jahre 1885 als »Spiegelbild von dem jeweiligen Stande und den Fortschritten des Staats- und Verwaltungsrechts in Deutschland«. Für die Jahre 1933 bis 1944 liefert es ein differenziertes Abbild des Niedergangs der deutschen Staats- und Verwaltungsrechtslehre während des Dritten Reichs. Lothar Becker stellt die nach 1933 eingerichtete nationalsozialistische Schrifttums- und Wissenschaftsbürokratie und ihre Besonderheiten für den Bereich wissenschaftlicher Publikationen dar. Anschließend widmet er sich den konkreten Handlungszwängen und -spielräumen der Zeitschriftenverantwortlichen während des Dritten Reichs. Beginnend mit der Machtübergabe vom 30. Januar 1933 bis hin zur Einstellung der Zeitschrift aus kriegsbedingten Gründen Ende 1944 werden die zahlreichen Stufen der Anpassung an die neuen Verhältnisse von seiten des Verlags, der Herausgeber und Autoren herausgearbeitet: Den Schwerpunkt bilden dabei die Vorgänge innerhalb des ersten Jahres der nationalsozialistischen Herrschaft, denn unter der Leitung der 'Weimarer Redaktion', Johannes Heckel, Heinrich Triepel, Otto Koellreutter und Rudolf Smend, wurden die entscheidenden Schritte der Selbstgleichschaltung der Zeitschrift und der Zerstörung der eigenen

Disziplin unternommen.

Die ausgewerteten Redaktionskorrespondenzen lassen den Drang zum tatkräftigen Mittun deutlich werden, der die überwiegende Zahl der Staatsrechtslehrer bereits wenige Wochen nach der Machtübergabe ergriff und bei vielen noch bis zum Zeitpunkt des sich ankündigenden Untergangs des Systems Mitte des zweiten Weltkrieges fort dauerte.

Schäfer, Herwig

## Juristische Lehre und Forschung an der Reichsuniversität Straßburg 1941–1944

Band 23  
1999. XIV, 273 Seiten.

ISBN 9783161470974  
Leinen 69,00 €

Die Reichsuniversität Straßburg war neben der Reichsuniversität Posen die einzige während des 2. Weltkrieges in einem besetzten Staat gegründete deutsche Universität. Sie hatte den besonderen ideologischen Auftrag, 'Bollwerk gegen den Westen' und 'wissenschaftliche Hochburg des Nationalsozialismus' zu sein. Herwig Schäfer stellt die institutionellen Voraussetzungen und Inhalte von juristischer Lehre und Forschung an der Reichsuniversität Straßburg dar. Er beschreibt zunächst die Entstehung der Reichsuniversität ab 1941 und geht dann näher auf den Aufbau und die Tätigkeit der Juristischen Fakultät ein. Wie wurden die Lehrstühle besetzt? Wie sah die Forschungsarbeit der Professoren aus? Wurde mit der Zusammensetzung des Lehrkörpers oder den Inhalten von Forschung und Lehre eine besondere nationalsozialistisch-ideologische Mission erfüllt? Exemplarisch wird die juristische Ausbildung im Nationalsozialismus dargestellt. Herwig Schäfer schildert hier besonders die spezifischen Bedingungen der elsässischen Jurastudenten zwischen Anpassung und Résistance.

Inhaltsübersicht

Juristisches Studium in Straßburg vom 16. Jahrhundert bis zum 2. Weltkrieg – Aufbau der Reichsuniversität Straßburg 1940/41 – Besetzung der juristischen Lehrstühle – Die juristische Ausbildung – Forschungstätigkeit der juristischen Ordinarien – Elsässische Jurastudenten zwischen Anpassung und Résistance – Hochburg der NS-Rechtswissenschaft? / Nachfolgerin der 'Kieler Schule'? – Das Ende der Fakultät

Band 21  
1998. XIV, 389 Seiten.

ISBN 9783161468780  
Leinen 89,00 €

Wolf, Wilhelm

## Vom alten zum neuen Privatrecht

Das Konzept der normgestützten Kollektivierung in den zivilrechtlichen Arbeiten Heinrich Langes (1900–1977)

Band 20  
1997. XXII, 233 Seiten.

ISBN 9783161467516  
Leinen 89,00 €

Hetzel, Marius

## Die Anfechtung der Rassenmischehe in den Jahren 1933–1939

Die Entwicklung der Rechtsprechung im Dritten Reich: Anpassung und Selbstbehauptung der Gerichte

Band 19  
1997. XXXII, 428 Seiten.

ISBN 9783161466304  
Leinen 129,00 €

Dettling, Heinz U.

## Die Entstehungsgeschichte des Konzernrechts im Aktiengesetz von 1965

Band 18  
1996. XXI, 307 Seiten.

ISBN 9783161466373  
Leinen 89,00 €

Heil, Thomas

## Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Thüringen 1945–1952

Ein Kampf um den Rechtsstaat

Band 17  
1996. XII, 220 Seiten.

ISBN 9783161466427  
Leinen 74,00 €

Riechers, Arndt

## Das »Unternehmen an sich«

Die Entwicklung eines Begriffes in der Aktienrechtsdiskussion des 20. Jahrhunderts

Band 16  
1996. XVI, 366 Seiten.

ISBN 9783161465772  
Leinen 119,00 €

Hueck, Ingo J

## Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik

Band 15  
1996. XXI, 409 Seiten.

ISBN 9783161466045  
Leinen 114,00 €

Waibel, Dieter

## Von der wohlwollenden Despotie zur Herrschaft des Rechts

Entwicklungsstufen der amerikanischen Besatzung Deutschlands 1944–1949

Band 14  
1995. XVI, 376 Seiten.

ISBN 9783161464904  
Leinen 119,00 €

Gebhardt, Cord

## Der Fall des Erzberger-Mörders Heinrich Tillessen

Ein Beitrag zur Justizgeschichte nach 1945

Band 13  
1995. XII, 152 Seiten.

ISBN 9783161464911  
Leinen 59,00 €

Jung, Otmar

## Plebiszit und Diktatur: die Volksabstimmungen der Nationalsozialisten

Die Fälle 'Austritt aus dem Völkerbunde' (1933), 'Staatsoberhaupt' (1934) und 'Anschluß Österreichs' (1938)

Band 12  
1995. VI, 355 Seiten.

ISBN 9783161464447  
Leinen 139,00 €

## Die Deutsche Rechtsgeschichte in der NS-Zeit

ihre Vorgeschichte und ihre Nachwirkungen

Hrsg. v. Joachim Rückert u. Dietmar Willoweit

Band 11  
1994. IX, 236 Seiten.

ISBN 9783161462269  
Leinen 104,00 €

Nörr, Knut Wolfgang

## Die Leiden des Privatrechts

Kartelle in Deutschland von der Holzstiftkartellentscheidung zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Band 10  
1994. XV, 178 Seiten.

ISBN 9783161461408  
Leinen 69,00 €

Lambrecht, Peter

## Die Lehre vom faktischen Vertragsverhältnis

Entstehung, Rezeption und Niedergang

Band 9  
1993. XIV, 357 Seiten.

ISBN 9783161461231  
Leinen 104,00 €

Spindler, Gerald

## Recht und Konzern

Interdependenzen der Rechts- und Unternehmensentwicklung in Deutschland und den USA zwischen  
1870 und 1933

Band 8  
1992. XII, 255 Seiten.

ISBN 9783161459412  
Leinen 59,00 €

Jung, Susanne

## Die Rechtsprobleme der Nürnberger Prozesse

Dargestellt am Verfahren gegen Friedrich Flick

Band 7  
1992. XVIII, 246 Seiten.

ISBN 9783161459948  
Leinen 64,00 €

Etzel, Matthias

## Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945–1948)

Band 5  
1991. V, 262 Seiten.

ISBN 9783161458002  
Leinen 104,00 €

## Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversorgung in der neueren deutschen Rechtsgeschichte

Hrsg. v. Hans P. Benöhr

Band 2  
1989. VI, 202 Seiten.

ISBN 9783166455105  
Leinen 69,00 €

## Rechtsgeschichte im Nationalsozialismus

Beiträge zur Geschichte einer Disziplin

Hrsg. v. Michael Stolleis u. Dieter Simon